IMT Nuremberg Archives

H – 374

International Court of Justice

INTERNATIONALER MILITÄRGERICHTSHOF
NÜRNBERG, DEUTSCHLAND, 13. JUNI 1946,
SITZUNG 10.46 - 13.15 Uhr.

VORSITZENDER: Das Gericht hat sich mit der Frage beschäftigt, wie lange die Plaidoyers der Verteidiger dauern dürfen. Paragraph 18 des Statuts, der dem Gericht einen raschen Prozessverlauf vorschreibt, muss befolgt werden und die Verteidiger können aus diesem Grunde nicht die Erlaubnis bekommen, so lange zu sprechen, wie sie es gern tun möchten. Die Umstände verlangen, es muss irgendwo eine Grenze gesetzt werden, da sonst der Prozess über alle Massen in die Länge gezogen würde. Das Gericht hat Verständnis dafür, dass die Anklagebehörde ihre Schlussreden freiwillig auf 3 Tage beschränken wird und auch seitens der Verteidiger sollte freiwillig irgendwo eine Grenze gesetzt werden. Das Beweismaterial für die Angeklagten ist in grossen Einzelheiten hier gehört worden. Wir brauchen aus diesem Grunde jetzt nicht eine ins Einzelne gehende Analyse des Beweismaterials, sondern lediglich eine bündige Darstellung der Hauptpunkte. Das Gericht möchte aus diesem Grunde es ganz klar stellen, dass daraus kein Eingeständnis abgeleitet wird, wenn einzelne Punkte in dem Plaidoyer ausgelassen werden. Aus diesem Grunde ist das Gericht der Ansicht, dass die Plaidoyers der Verteidiger einschliesslich der Reden, die im Namen aller Angeklagten rechtsgemäss gemacht würden, innerhalb 14 Tagen erledigt sein sollen. Dies macht es der Verteidigung möglich, oder vielmehr damit bekommen die Angeklagten zwei Mal so viel Zeit wie die Anklagebehörde, sowohl bei den Eröffnungsreden wie auch bei den Abschlussreden. Auf Grund eines Übereinkommens der Verteidiger können diese 14 Tage so verteilt werden, wie sie es für am besten halten und das Gericht zieht vor, dass die Verteidiger diese Einteilung sich selber zurechtlegen und nicht, dass darüber vom Gericht entschieden werden muss.

Das Gericht hofft, dass die Verteidiger ihre Reden auf Grund dessen, was ich eben gesagt habe, ausarbeiten werden und dass sie dem Gericht so schnell wie möglich mitteilen, wie sie sich diese Zeit

H0374 - 0002

H0374 - 0003

untereinander verteilt haben. Falls sie finden, dass sie sich bei der Verteilung nicht einigen können, wird das Gericht sich weiter mit dieser Frage befassen. Das Gericht möchte jedenfalls die Verteidiger sowohl wie die Anklagebehörde darauf hinweisen, dass es dem Gericht von Nutzen sein wird, wenn die Herren die Übersetzungen ihrer Abschlussreden zur Zeit, da sie die Reden halten, unterbreiten würden. Das ist alles.

VERTEIDIGER DR. OTTO NELTE für den Angeklagten KEITEL: (Kommentar)

DR. NELTE: Herr Präsident, der Beschluss, den Sie soeben verkündet haben, hat die Verteidigung überrascht, da sie vorher in dieser Frage nicht gehört worden ist. Es erscheint uns dies umso bedauerlicher, als sich der Beschluss taktisch gegen die elementarsten Rechte der Verteidigung wendet, denn er beeinträchtigt die Möglichkeit, das vorzutragen, was in diesem so überaus wichtigen Prozess für die Angeklagten und für die Probleme, die damit zusammenhängen, vorzutragen sein wird. Wir sind zur Zeit noch nicht in der Lage, das gesamte Material überhaupt zu übersehen. Wenn ich, ohne den übrigen Herren Verteidigern vorgreifen zu wollen, den Fall des Angeklagten Keitel nur als Beispiel wähle, so werden Sie verstehen, dass ich durch das Material, das nach dem Kreuzverhör allein aufgetreten ist, in einer ausserordentlich schwierigen Lage bin, und wie ich, so auch sicher eine ganze Reihe der übrigen Verteidiger werden der Meinung sein, dass sich die Dinge nicht zusammenfassend behandeln lassen, sondern meines Erachtens müssen sie bei allem Bestreben, die Dinge zusammenfassend und typisch zu sagen, doch auf das Individium des einzelnen Angeklagten eingehen. 14 Tage ist eine Zeit, die sehr kurz ist, wie mir's scheint, praktisch ist es aber fast unmöglich zu erreichen, dass eine Aufteilung in einer gerechten, das heisst, in einzelnen Fragen gerecht werdenden Weise erfolgt.

Ich möchte daher anregen, dass der von Ihnen verkündete Beschluss - ich weiss nicht, vielleicht war es nur eine Anregung, - noch einmal der Nachprüfung und zwar unter Zuziehung der Verteidung unterzogen wird. Ohne im einzelnen der begründeten Stellungnahme vorgreifen zu wollen, wie die gesamte Verteidigung beabsichtigt, möchte ich

H0374-0004

jetzt schon formal Einspruch gegen den Beschluss wegen der Beschränkung der Verteidigung in einer das möglich Mass überschreitenden Weise einlegen.

VORSITZENDER: Wünschen die Herren Verteidiger oder Ankläger oder sonst wer weitere Kommentare über diesen Punkt zu machen?

MR. DODD: Herr Vorsitzender, ich möchte Ihnen sagen, dass ich Einspruch erhebe gegen das, was Dr. Nelte sagte, dass die primitivsten Rechte der Angeklagten verletzt worden seien. In Amerika, und ichglaube, dass ich dies mit Recht sage, ist es gang und gäbe, dass die Gerichte den Verteidiger in seinem Plaidoyer in der Zeit beschränken kann.

(Ich fürchte, ich höre drei Stimmen, über den russischen Draht kommen, drei Stimmen.)

(Prüfung der Mikrophone).

VORSITZENDER: Mr. Dodd, der Übersetzer glaubte, dass die Anlage wieder in Ordnung ist.

Wollen Sie nochmals wiederholen?

MR. DODD: Ich wollte ganz kurz das Folgende sagen: betreffs Dr. Nelte's Standpunkt, dass eine zeitliche Beschränkung der Plaidoyers eine Verletzung der primitivsten Rechte der Angeklagten wäre, möcht ich das Gericht darauf aufmerksam machen, dass es in Amerika gang und gäbe ist, dass ein Gericht einen Verteidiger zeitlich beschränk soweit das Plaidoyer in Frage kommt, selbst in vielen Schwergerichten, wo ein Argument weitaus notwendiger ist, was das Gericht ja schon bet nt hat.

VORSITZENDER: Wünscht irgendein anderer Verteidiger noch einen Kommentar zu machen?

DR. V. LÜDINGHAUSEN: (Verteidiger des Angeklagten von Neurath).

Herr Präsident, ich möchte zunächst eine Bemerkung zu unserer zeitlichen Beschränkung machen. Wenn wir auf 14 Tage beschränkt sind, dann heisst das, ungefähr 4 Stunden für jeden Angeklagten für unser Argument. Nun sind aber diese vier Stunden in Wirklichkeit nicht volle vier Stunden, denn durch die technischen Vorkehrungen, die hier ja getroffen werden müssen, müssen wir langsamer sprechen,

H0374-0005

als wir dies in einem direkten Plaidoyer, in einer direkten freien Aussprache tun würden, das heisst, Sie müssen von den 48 Stunden, die uns durchschnittlich bleiben, diejenige Zeit abstreichen, die durch das langsamere Sprechen verloren geht. Nach meiner Schätzung würde also eine Plaidoyerzeit von vier Stunden in Wirklichkeit in sachlicher Hinsicht nur auf höchstens drei Stunden bemessen werden können. Meine Herren, ich glaube, dass Sie, wenn Sie hiervor ausgehen, uns recht geben werden, dass wir innerhalb dieser drei Stunden doch nicht das für jeden einzelnen Angeklagten vorliegende Material in einer derartigen Weise würdigen können, dass das Plaidoyer tatsächlich den Zweck erfüllt, den es erfüllen soll. Denn gerade vor diesem Gericht, das einmalig bisher ist, ist ja doch die Hauptsache, die Erforschung der Wahrheit. Zur Erforschung der Wahrheit aber gehört nicht die einzelne Handlung, sondern es gehört in erster Linie zu zeigen, wieso es zu dieser Einzelhandlung kommen musste und ich möchte nach dieser Richtung gerade in meiner Eigenschaft als Verteidiger des von Neurath als verantwortlichen Leiter der Aussenpolitik des Reiches bis zum Jahre 1938 darauf hinweisen, dass die ganze Handlung, die meinem Klienten zum Vorwurf gemacht wird, logisch zwangsläufig aus den sich entwickelnden Verhältnissen heraus begangen wurde. In dieser Entwicklung der historischen Dinge liegt die Erklärung für all das, was bis dorthin geschehen ist, bis zu dem Tage, als meinKlient seine Demission einreichte. Das kann ich aber nur klar machen, wenn ich die einzelnen Entwicklungsstadien nochmals in grossen Zügen darstelle.

Meine Herren, das ist, wenn Sie berücksichtigen, dass ich daneben noch einen Komplex bezüglich der Tätigkeit meines Klienten als Reichsprotektor zu behandeln habe, aus rechtlichen Gründen nicht so einfach, wie dies im ersten Moment erscheinen könnte, und dann werden Sie mir zugeben, dass ich das unmöglich in einem tatsächlichen dreistündigen Plaidoyer machen kann. Und ich darf gegenüber den Ausführungen des Herrn amerikanischen Anklagevertreters darauf hinweisen, dass wir ja hier nicht vor einem amerikanischen Gericht stehen. Mir ist - und ich möchte eben den Versuch machen, mich da-

H0374-0006

rüber zu erkundigen - nichts bekannt darüber, dass in internationalen Gerichtshöfen, wie zum Beispiel bei den Haager Gerichtshöfen oder bei den Gerichten in Ägypten irgendwie seinerzeit eine Beschränkung der Rededauer der Verteidiger in ihrem Plaidoyer vorgeschrieben worden ist, und deswegen bitte ich doch zu berücksichtigen dass wir hier nicht ein amerikanisches Gericht vor uns haben, sondern ein internationales Gericht und dass dieses internationale Gericht ja doch weit über den Rahmen all dessen hinausgeht, was bisher auf diesem Gebiet geschehen ist, dass aber auch über den Rahmen aller Militärgerichte, die bisher in Deutschland einzelne Teilchen des riesigen Komplexes gehandelt haben, nirgend seitens der betreffenden Militärgerichte eine Beschränkung der Plaidoyerdauer erfolgt ist. Und wenn Sie das berücksichtigen meine Herren, dann bitte ich doch noch einmal Ihre Entscheidung einer Nachprüfung zu unterziehen um in uns nicht den Anschein zu erwecken, als ob wir nicht in einer uns pflichtgemäss erscheinenden Weise die Rechte oder die Verteidigung unserer Klienten zu führen in der Lage sind.

GENERAL RUDENKO: Meine Herren Richter, ich möchte noch einiges hinzufügen zu dem, was mein Kollege Herr Dodd gesagt hat. Das Strafverfahren unseres Landes anerkennt das Recht des Gerichtes, Beschränkungen aufzulegen sowohl der Anklage, als auch der Verteidigung in ihren Plaidoyers. Ich glaube, dass die Ausführungen der Verteidigung über die Begrenzung ihrer Rechte durch den Beschluss des Gerichtes ungerecht und unbegründet sind. Die Verteidigung kann jetzt schon alles anführen, was sie zur Verteidigung ihrer Klienten braucht. Es ist ihr jede Gelegenheit gegeben zur vollständigen Vorlage des Beweismaterials. Ich glaube, nicht, dass es ungerecht ist, die Zeitdauer dieses Prozesses zu begrenzen, ich schliesse mich daher dem Schluss des Herrn Dodd vollständig an und halte den Entscheid des Gerichts für gerecht.

DR. KUBUSCHOK: (Verteidiger für den Angeklagten von Papen).

Ist mir gestattet, Herr Vorsitzender, noch eine kurze Bemerkung zu machen? Jedes Gerichtsverfahren ist zeitlich nicht voraussehbar, in keinem des Prozesstadiums. Man kann beim Beginn des Prozesses

H0374 – 0007

zeitlich nicht voraussehen und deswegen auch nicht zeitlich begrenzen den Umfang der Beweisaufnahmen. Man kann zeitlich aber auch das weitere Prozesstadium, den Umfang der Darlegungen der Verteidigung nicht voraussehen und begrenzen. Der Wert der Verteidigung, und deswegen wird ja die Verteidigung in das Verfahren eingeschaltet, ist doch der, dass ein Mann, der diese berufliche Aufgabe hat und über die entsprechenden Qualitäten verfügt, alles dasjenige dem Gericht vor Augen führt, was er in langer Arbeit in intimen Gesprächen mit seinen Mandanten als erörterungsfähig ansieht. Das muss durch eine derartige Mittelperson dem Gericht vorgebracht werden. Wie weit er dies vorzubringen hat, muss er als Sachkenner entscheiden. Es kann keiner an dem Verfahren Beteiligter, weder das Gericht, noch ein Mitverteidiger, auch nur annähernd voraussehen, was in diesem Zusammenhang notwendig und erforderlich ist.

Deswegen glaube ich, dass weder bei der Erhebung der Anklage, noch bei der Beweisaufnahme, noch bei der Verteidigung irgendwelche Zeitpunkte festgelegt werden können. Wir haben in den anderen Stadien des Prozessverfahrens ja mit den gleichen Schwierigkeiten zu rechnen gehabt. Ausschlaggebend für eine Begrenzung kann doch eigentlich immer nur der Gesichtspunkt sein, was gehört zur Sache und was ist sachdienlich. Infolgedessen haben wir ja auch hier während des Beweisverfahrens und bei der Anklage immer wieder erlebt, dass die dirigierenden Klopfzeichen des Herrn Präsidenten, der mit geschickter und gütiger Hand die Verhandlung insoweit gesteuert hat, immer wieder die Verhandlung auf das notwendige Mass beschränkt. Ich sehe nicht ein, warum dieses Verfahren nicht auch bei den Plaidoyers angewandt werden kann und ich glaube, dass bei der selbstverständlichen Disziplin, die jeder sachkennende Vortragende sich selbst gegenüber anwenden wird, dass dann auch tatsächlich eine angemessene Beschränkung der Dauer eintreten wird. Jetzt aber glaube ich, dass wirklich keiner, ausser den Selbstbeteiligten und diese auch nur wahrscheinlich am Ende des gesamten Beweisverfahrens es jetzt überblicken können, wie lange Zeit in Anspruch genommen werden muss und infolgedessen verbietet es sich meines Erachtens von selbst

H0374-0008

jetzt irgendeine feste zeitliche Regel aufzustellen. Wenn die Bekanntmachung des Gerichts, als eine Anregung anzusehen ist, die Plaidoyers zu beschränken und infolgedessen nehmen wir sicherlich dankbar den Hinweis auf, in welcher Weise die Beleuchtung des Beweismaterials zweckmässig gehandhabt wird. So werden wir sicherlich zu einem Ergebnis kommen, ohne eine feste Beschränkung auf Grund der Anregung des Gerichts uns zu beschränken, die allen Teilen gerecht wird.

VORSITZENDER: Ich habe nicht die Absicht auf die Argumente einzugehen, die das Gericht zu meiner heute vormittag gemachten Bekanntgabe veranlasst. Es wäre aber wünschenswert, wenn die Verteidiger, bevor sie irgendwie formell Einspruch erheben, es genauer zu studieren. Ich möchte jedoch im Namen des Gerichts hier sagen, dass diese Bekanntmachung nicht hier ausgeführt wurde, ohne dass wir mit den Verteidigern und mit den Anklagevertretern darüber Rücksprache genommen hätten. Dies geschah jedoch hinter verschlossenen Türen. Wir haben sowohl Anklagevertreter, wie auch Verteidiger der Angeklagten gehört und Sie haben den Vorschlag gemacht, der ihnen für angemessen erschien und wir haben ihn voll erwogen, und wir haben Ihnen vorgeschlagen, dass Sie Ihre Kollegen darauf aufmerksam machen sollen, auf das, was in dieser geschlossenen Sitzung beschlussen wurde. Aus diesem Grund ist es absolut falsch zu sagen, so wie es Dr. Nelte tat, dass diese Bekanntgabe erfolgte, ohne dass wir sie mit der Verteidigung erörtert hätten.

Ich möchte nur noch hinzufügen, dass unter den vorliegenden Umständen das Gericht sich weiter mit der Frage beschäftigen wird. Die Anregung in der Ankündigung war, dass die Verteidiger die 14 Tage, die das Gericht für die Plaidoyers für angemessen hielt, freiwillig unter sich aufteilen sollten. Diese 14 Tage sind volle Tage und werden in keiner Weise durch irgendwelche Argumente über die Organisationen gekürzt werden und wenn die Verteidiger sich bemüht haben, diese Verteilung vorzunehmen, dann muss es doch offensichtlich ihnen möglich sein, zu wissen, ob sie im Stande sein werden, ihre Reden zurchzuführen.

H0374-0009

Diese Reden, wie ich schon sagte, brauchen nicht in das Einzelne zu gehen, sondern sollen lediglich dazu dienen, das Gericht auf die Hauptpunkte hinzuweisen, die Sie vorbringen wollen. Es ist de Verteidigern jetzt noch nicht möglich zu sagen, ob es ihnen möglich sein wird, ihre Rede innerhalb von 14 Tagen zusammenfassen zu können. Aus diesem Grunde sollten die Verteidiger erst einmal sich zusammentun und die Fragen besprechen. Das Gericht war der Ansicht, dass dies bereits geschehen sei und, dass die Verteidiger innerhalb der vorgeschriebenen Zeit ihre Reden in zufriedenstellender Weise vortragen können.

Säntliche Argumente, die hier an diesem Vormittag vorgebracht wo den sind, sind durch die Verteidiger, die an der Sitzung hinter verschlossenen Türen teilnahmen, schon voll vorgetragen worden. Einer derselben hat schon heute früh hier gesprochen.

Und jetzt wird die Beweisaufnahme fortgesetzt.

DR.STEINBAUER: (Verteidiger für den Angeklagten Dr.Seyss Inquart)

DIREKTES VERHÖR DES ZEUGEN DR. RAINER

F: Herr Zeuge, Sie haben gestern auf die letzte Frage des Herrn amerikanischen Anklägers erklärt, dass Ihr Brief eine gewisse Tendenz beabsichtigt hat. Ich frage Sie nun, was war diese Tendenz?

A: Einige Zeit nach den Anschluss entstanden Hetzereien und Quertreibereien gegen Dr.Seyss-Inquart und einige andere Personen Sie gingen aus von unzufriedenen und radikalen Elementen in Österreich und auch im Reiche. Sie benützten die zögernde Haltung von Dr.Sayy-Inquart am 11.März, sein Festhalten an der revolutionären Linie und an den Prinzipien der beiden Staatsverträge, un den Vorwurf des Seperatismus, oder auch noch mehr, zu erheben.---

F: Vielleicht können Sie das kürzer fassen?

A: - - - Die schienen doch gefährlich zu sein, weil Bürckel und ich glaube auch, Heydrich, dahinter standen. Ich hielt diese Angriffe für unfair und unsachlich und bemühte mich daher in meinem Bericht, so zu argumentieren, und zu betonen und sie so zu

H0374 - 0010

beleuchten, dass die Adressaten die Argumente verstanden und zur Ruhe gebracht wurden.

F: Also, Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, mit diesem Schreiben die Verdienste der Partei einerseits, unter gleichzeitiger Schonung der Person des Dr.Seys s-Inquart hervorheben wollen?

A: Ja, das kann man auch so ausdrücken.

F: Eine zweite Frage: Sie haben in diesen Brief erwähnt, dass Seyss-Inquart ein Ultimatumschreiben an Schuschnigg mitgebracht hat. Können Sie sich erinnern, dass er dieses Schreiben selbst in seiner Kanzlei diktiert und schreiben hat lassen?

A: Meinen Sie, Herr Dr., das Schreiben, das an 11.März mittags abgefasst wurde?

F: Jawohl, jawohl.

A: Ich glaube, dass dieses Schreiben in seiner Kanzlei verfass wurde, ich glaube auch, dass ich daran beteiligt war.

F: Dann sagen Sie weiter in diesem Brief, den Ihnen der Herr Ankläger vorgehalten hat: Seyss-Inquart wurde durch die Zusammenarbeit Jury und Leopold Staatsrat. Ich frage Sie nun: Haben die beiden Genannten, Dr.Jury und Leopold überhaupt Einfluss auf Dr.Schuschnigg nehmen können?

A: Nein, das kann auch nicht so gemeint sein.

F: Und der Herr Ankläger hat Ihnen zur Erhärtung seiner Behauptungen gestern ein weiteres Dokument vorgelegt, eine Rede, die Sie als Gauredner in Kärnten gehalten haben. Erinnern Sie sich?

A: Ja.

F: Ist dies eine typische Gaurede gewesen, das heisst nach den Gesichtspunkten der Goebbel'schen Propaganda, die eigenen Verdienste herausstreichen und die Gegner schlecht machen ?

A: Das möchte ich nicht sagen. Es war ein Kameradschaftsabend der Alten Garde, anlässlich des 11.März, mit Bierkonsum, und mit Musik und ich habe dabei nur in Form einer Erzählung die Ereignisse geschildert und sehr lange gesprochen. Es war meine längste

H0374 - 0011

Rede, sie hat über drei Stunden gedauert. Ich hielt sie vollkommen frei, aus dem Kopf, hatte keine Unterlage und das Stenogramm das hier offensichtlich vorliegt, scheint mir mit den Ausführungen durchaus nicht in allen Punkten übereinzustimmen.

F: Also, Sie meinen, dass es mehr die Absicht gehabt hat, eine Wirkung auf Ihre Partei-Anhänger zu machen, als Geschichte zu schreiben?

A: Selbstverständlich.

DR.STEINBAUER: Danke, das genügt mir. Ich habe keine weiteren Fragen an den Zeugen.

DURCH DR. KUBUSCHOK (Verteidiger für den Angeklagten v.Papen)

F: Im gestrigen Kreuzverhör ist erwähnt worden, dass Sie einmal mit Herrn v.Papen in Garmisch zusammen gewesen sind. Was haben Sie damals mit Herrn v. Papen besprochen und wie ist es überhaupt zu diesen Gespräch gekommen?

A: Dr.SEYSS-INQUART und ich wurden vom Reichssportführer nach Garmisch eingeladen. Es sollte über den deutschen-und österreichischen Alpenverein gesprochen werden. Wir waren mit Tschammer beim Bob-Rennen am Riesser-See und dort trafen wir auch Herrn v.Papen. Wir gingen dann, v.Papen, Seyss-Inquart und ich zu Fuss von dort zurück nach Garmisch und es wurde dabei auch über die politische Situation und den bevorstehenden - -

VORSITZENDER: Dr.Kubuschek, diese Einzelheiten sind absolut unnötig. Ich nehme an, dass Sie mit dieser Frage nur feststellen wollen, dass die Unterhaltung nicht politisch war? Wollten Sie das festlegen?

DR.KUBUSCHOK: Die Unterhaltung ist politisch gewesen, aber es kommt auf die Art der Politik in dieser Unterhaltung an.

DURCH DR.KUBUSCHOK:

F: Also, Herr Zeuge, vielleicht beschränken Sie sich. Sie haben jetzt ausgeführt ein zufälliges Zusammentreffen. Sie gehen von der Bobbahn zurück. Was war der Inhalt des Gespräches?

A: Es wurde über die Situation in Österreich gesprochen, über de

H0374-0012

Stand der Befriedigung und über die einzelnen Punkte, wenn auch nicht erschöpfend, die bei der bevorstehenden Zusammenkunft interessant sein konnten.

F: Ganz allgemein also, ist irgend etwas gesprochen worden, was der Art nach das Licht der Österreichischen Öffentlichkeit hätte scheuen können?

A: Nein.

F: Es waren Dinge, die mit der Ausführung des Julivertrages in Übereinstimmung standen?

A: Ja.

F: Dann haben Sie an einer Stelle in der Rede, die schon erwähnt worden ist, darauf hingewiesen, dass Sie noch mit anderen Herren am Abend des 9.März 1938 in der Wohnung des Herrn v.Papen gewesen seien. Ich möchte gerne wissen, ob es sich hier um eine festgelegte Zusammenkunft handelte oder, ob es mehr oder minder zufällig war?

A : Das Zusammenkommen war zufällig und ich weiss auch nicht mehr, wer es arrangiert hat. Das Gespräch drehte sich natürlicher Weise um die durch Schuschnigg's Abstimmungsplan sich ergebende Situation , die ja so neu und überraschend war, dass wir sie nach allen Seiten durchzudenken und in der Debatte zu klären versuchten.

F: Wie war die Stellung des Herrn v. Papen bei dieser Besprechung?

A: Ich erinnere mich, dass Herr v.Papen, der übrigens nur zufällig an diesem Abend in Wien war, sich reserviert verhielt und ich glaube auch, dass er ein "Ja-Stimmen" für durchaus der Situation entsprechend gehalten hat.

F: Aus welchem Grunde glauben Sie, dass er eine "Ja-Stimme" für vertretbar erachtet hat oder für Notwendig erachtet hat, aus praktischen Gründen oder mit Rücksicht auf die von der österreichischen Regierung gegebene Fragestellung?

A: Mit Rücksicht auf die Fragestellung.

F: Auch wieder die Frage: Dasjenige, was erörtert worden ist, stellt das irgendwie eine Zusammenkunft zu einer seperativen Be-

H0374 – 0013

sprechung dar oder ist es eine mehr aus dem gegebenen Anlass sich zusammenfindende gesellschaftliche Zusammenkunft, bei der man der Zeit entsprechend auf dieses aktuelle politische Thema zu sprechen gekommen ist?

A: Es war eine zufällige und sich durch die zufällige Anwesenheit v.Papens in Wien, angesichts der neuen politischen Situation ergebende Zusammenkunft, die völlig improvisiert entstanden ist.

F: Sind irgendwelche Beschlüsse gefasst worden?

A: Nein.

F: Danke.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann gehen.

DR.STEINBAUER: Ich rufe mit Genehmigung des Gerichtes den Zeugen Dr.Guido Schmidt auf.

(Der Zeuge wird hereingeführt und betritt den Zeugenstand)

VORSITZENDER: Wie heissen Sie?

DER ZEUGE: Dr.Guido Schmidt.

VORSITZENDER: Sprechen Sie diesen Eid mir nach:

Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde. (Der Zeuge spricht den Eid nach)

VORSITZENDER: Setzen Sie sich.

DURCH DR.STEINBAUER:

F: Herr Zeuge, welche Stellungen begleiteten Sie in der österreichischen Republick?

A: Ich war von Beruf Diplomat und wurde unter Bundeskanzler Dr.Seipel, in den österreichischen Auswärtigen Dienst aufgenommen, gehörte dann etwa sechs Jahre der österreichischen Gesandtschaft in Paris an. Von dort wurde ich 1936 abberufen und dem österreichischen Staat zugeteilt zu Dienstleistungen, im Verkehr mit dem diplomatischen Korps und dem Ministerium des Äusseren. Im Jahre 1936 wurde ich unter Bundeskanzler Schuschnigg Staatssekretär und später Minister des Äusseren. Ich gehörte der Regierung Schuschnigg's bis zu seiner erzwungenen Demission an. Ich habe mich von dieser Stunde an in keiner Weise politisch betätigt.

H0374 - 0014

F: Herr Zeuge, wenn Sie das gelbe Licht aufleuchten sehen, heisst das, dass Sie zu schnell sprechen.

VORSITZENDER: Einen Augenblick. Wenn Sie das gelbe Licht sehen, Herr Zeuge, wollen Sie bitte etwas langsamer sprechen und nach der gestellten Frage eine Pause einlegen, bevor Sie antworten.

DURCH DR.STEINBAUER:

F: Welche aussen- und wirtschaftspolitischen Gründe führten zu dem bekannten Regierungsübereinkommen von 11.Juli 1936?

A: Mit Beginn des Jahres 1936 hatte sich die aussenpolitische Lage Österreichs zu Ungunsten Österreichs verändert. Nach den Julireignissen 1934 haben England, Frankreich und Italien in Stresa eine Dreimächteerklärung unterfertigt, betreffend der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit. Über die bis dahin bestandenen internationalen Bindungen hinausgehend haben diese drei Mächte nunmehr eine neue Garantie für die Erhaltung Österreichs geschaffen, die Stresa-Front,die auch das ganze Jahr 1935 die Schutzfunktion für Österreich erfüllte. Der Zusammenbruch der Stresa-Front infolge des abbesinischen Unternehmens Mussolinis, bedeutete für Österreich den Verlust der einzigen praktischen internationalen Garantie und für Bundeskanzler Schuschnigg die Schaffung einer völlig neuen Situation. Nach seinem aussenpolitischen Konzept, sollte die österreichische Unabhängigkeit nicht nur auf den Schultern Italiens, sondern wenn möglich, auch auf anderen Schultern, wenn möglich auf England und Frankreich, verteilt sein.

H0374 - 0015

Dazu kommen nun die Schwierigkeiten, die sich aus der Entwicklung der europäischen Lage ergaben, etwa, seit 7. März 1936 dem Tage, an dem Adolf Hitler, als Beginn seiner kommenden Überraschungspolitik das Rheinland besetzte, ohne bei den Westmächten auf einen ernsten Widerstand zu stossen. Es musste daher auch bei der Österreichischen Regierung Besorgnisse auslösen und die Befürchtung, dass eines Tages auch in der Österreichischen Frage eine Lösung der Überraschung, oder wie wir später gesehen haben, der Gewalt, kommen könnte. Diese Gründe müssen aufgeführt werden, wenn wir uns nach den Erwägungen, die bei Zustandekommen des Abkommens zu Grunde lagen, fragen, wie ebenso sehr auch die beginnende Annäherung zwischen Rom und Berlin, die etwa in diese Zeit fällt, und zurückzuführen war auf die Sanktionspolitik des Völkerbundes. Österreich zwischen Italien und Deutschland gelegen, musste damit rechnen, dass eines Tages die bis dahin bei Dollfuss bestandene österreichisch-italienische Freundschaft, der intimeren Annäherungen zwischen Rom und Berlin zum Opfer fallen werden. Aus diesem Grunde, und aus anderen Erwägungen, entschloss sich somit der Bundeskanzler Schuschnigg, den Weg zu einer Verbesserung der Beziehungen, das heisst, der Widerherstellung der Beziehungen zwischen Österreich und dem deutschen Reich. Es ist vielleicht nützlich, in diesem Zusammenhang etwa einige Grundsätze über die aussenpolitischen Grundsätze Österreichs zu sagen. Grundtendenz der österreichischen Aussenpolitik war die Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit. Die österreichische Aussenpolitik fusste ferner auf der Erkenntnis der äusserst schwierigen und heiklen geographischen Lage dieses Landes, eingekeilt zwischen zwei autoritären Staaten im Schnittpunkt der Ideologien Europas. Es musste also Aufgabe werden der Österreichischen Aussenpolitik, sich auch mit den grossen Nachbarn des Deutschen Reiches eines Tages zu verständigen. Die Aussenpolitik musste ferner auf der Entschlossenheit fussen, alles zu vermeiden, was zu einem Konflikt mit dem deutschen Reich hätte führen können, alles zu vermeiden, was

H0374-0016

zu einem Konflikt mit dem deutschen Reich hätte reizen können, um einer Gewalt aktion, die nun einmal zu befürchten war seit 7. März, auszuweichen. Es waren also realpolitische Gründe der aussenpolitischen Ordnung massgeblich bei diesem Entschluss, die Beziehungen zum Deutschen Reich, zu dessen Sprachgebiet wir gehörten, und die unnatürlicherweise bis dahin unterbrochen waren, wieder in Ordnung zu bringen. Neben den aussenpolitischen Gründen waren es aber auch wirtschaftliche Erwägungen. Die Weltwirtschafts-Krise hatte Österreich, dessen wirtschaftliche Konstitution gewiss lebensfähig, aber doch äusserst schwach war, besonders hart getroffen. Dies verstehen wir nur dann, wenn wir einen Blick zurücktun, bis in die Anfänge, dieses jungen Staates. Von vornherein hatten alle Nachbarländer Österreichs eine Wirtschaftspolitik des Egoismusses, chauvenistischer Eigeninteressen betrieben, und es war in keinem Falle gelungen, zu einer wirklichen, engen Zusammenarbeit aller Donauländer zu kommen. Wohl fanden sich einzelne Kombinationen, wie zum Beispiel die Römer-Protokolle, aber das gegenseitige Misstrauen, dass alle aus ihrer früheren Dach, aus dem gemeinsamen Dach der österreichischen Monarchie, mitgebracht hatte, war bestehen geblieben, standen hemmend vor allen derartigen, an sich gesunden Entwicklungen.

Es kommen dann in 1931, der Beginn der Weltwirtschaftskrise eine Reihe von Versuchen, die damals gemacht wurden, um Abhilfe zu schaffen. Ich erwähne sie nur stufenweise. Es beginnt mit dem Versuch der Regierung zur Schaffung einer Zoo-Union, der an dem Widerstand des Völkerbundes scheiterte. Es erfolgt 1932 das Bemühen Frankreichs, Österreich und Ungarn in die Kleine Entente zu bringen, und hier zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu kommen. Auch hier wieder Widerstand seitens Deutschland und Italien. Auch England verhielt sich damals ablehnend. 1933 kommt zur wirtschaftlichen Notlage noch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, noch der innerpolitische Kampf. Auch dr hatt seine Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Leben in Österreich, weil nunmehr auch die Wirtschaft als Kampfmittel in der inner-

H0374-0017

politischen Auseinandersetzung hereingezogen wurde.

VORSITZENDER: Ohne Zweifel ist dieser Vortrag sehr interessant, aber er hat nicht sehr viel mit den Fragen zu tun, über die sich das Gericht hier klar werden muss. Ich weiss nicht, ob sich der Zeuge für Ihren Zweck in genügender Weise damit befasst hat.

DR STEINBAUER: Herr Präsident, ich wollte durch diese Darstellung nur zeigen, dass wirtschaftlich und aussenpolitisch gesehen die Situation so war, dass die Rolle des Angeklagten eigentlich dadurch stark in den Hintergrund gedrängt wurde. Aber bitte, wir können jetzt fortfahren.

F: Herr Zeuge, Wenn Sie sich vielleicht ganz kurz fassen.

A: Den Schluss?

F: Ja.

A: All dies führte nunmehr zum Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen des deutschen Reiches, und hiermit tritt der Kampf, der Lebenskampf Österreichs und seine wirtschaftliche Existenz in eine sehr heisse Phase. Aus diesen Erwägungen heraus, also auch aus wirtschaftlichen Gründen, versuchte nunmehr Bundeskanzler Schuschnig mit dem Deutschen Reich zu einer Verständigung zu gelangen und die wirtschaftlichen Beziehungen, die bis dahin völlig abgebrochen waren, wieder normalisieren, also Aufhebung der 1000-RM Sperre, Wiederbelebung des Fremdenverkehrs, Wiederbelebung des Flusses der Wirtschaftsgüter, damit Stillen der Klagen die ja auch aus den Provinzen in Österreich gekommen waren wegen des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte, Holz Getreide, Vieh usw. Das sind im grossen und ganzen die wesentlichen Erwägungen gewesen.

F: Herr Zeuge, ich frage Sie nun: Hat Dr. Seyss-Inquart bei Vorbereitung, oder beim Abschluss dieses Übereinkommens vom Juli 1936 mitgewirkt?

A: Nein. Der Bundeskanzler Schuschnigg arbeitete bei diesen Verhandlungen ausschliesslich mit Minister Claise Horstenau, der als Vertreter der sogenannten nationalen Opposition

H0374-0018

fungierte.

VORSITZENDER: Es scheint neuerlich eine Störung in der Leitung zu sein; kurze Pause.

P a u s e wegen technischer Störung.

DR STEINBAUER:

F: Herr Zeuge, Dr. Seyss-Inquart ist dann im Frühjahr 1937 in die Politik eingetreten, und Sie haben vermutlich ihm damals erst kennengelernt?

A: Ja, ich lernte ihn erst im Sommer 1937 kennen.

F: Ich gehe nun zeitlich weiter und möchte Sie fragen: Welche innen- und aussenpolitischen Gründe führten nun zu der bekannten Zusammenkunft zwischen dem Führer und Dr. Schuschnigg in Berchtesgaden?

A: Diese Frage erfordert doch eine sehr eingehende Beantwortung-. Ich bitte um die Erlaubnis, mich etwas ausführlicher fassen zu dürfen zu diesem Punkte.

Um die Jahreswende 1937/38 waren neuerdings Verschlechterungen der aussenpolitischen Lage Österreichs eingetreten. Italien war zu Gunsten Franco's in Spanien ein Engament eingegangen, das sein militärisches und politisches Gewicht in zentraleuropäischen Fragen weiter herabsetzte. Was wir die MWacht am Brenner " nennen, hatte praktisch zu bestehen aufgehört, und Deutschland hatte besonders weitgehend freie Hand gegenüber Österreich bekommen.

VORSITZENDER: Herr, Dr. Seinbauer, das Gericht hat volle Kenntnis der Geschichte dieser Zeit und es ist nicht notwendig, das hier im einzelnen zu behandeln.

DR STEINBAUER:

F: Herr Zeuge, dann möchte ich Sie bitten, mir zu sagen, waren Sie damals mit am Obersalzberg?

H0374-0019

A: Ja. Ich möchte hinzufügen, wenn ich die geschichtliche Entwicklung übergehen soll, als solche musste ich die Frage auffassen- dass der Bundeskanzler die Einladung angenommen hat, um Österreich den Vorwurf zu ersparen, es hätte einen friedlichen Versuch zur Bereinigung der bestehenden Differenzen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich ausgeschlagen. Der Bundeskanzler war also keines-wegs etwa optimistisch gewesen; dies schon deshalb nicht, weil die bestehenden Meinungsdifferenzen sehr gross waren, und auch nicht im Hinblick auf die Persönlichkeit des Gesprächspartners. Ich erinnere mich,dass Schuschnigg mir vor der Abreise sagte, er wäre der Meinung, dass es vielleicht besser gewesen wäre, Professor Wagner Jaureck, Wiens grössten Psychiater, an seiner Stelle zu entsenden. E r hat es aber getan weil er angesichts der äusserst heiklen und exponierten Lage Österreichs glaubte annehmen zu müssen, um eine Gewaltaktion zu vermeiden und Zeit zu gewinnen; Zeit zu gewinnen; bis sich d. internationale Lage zu Gunsten Österreichs verbessern könnte. Leider haben wir Recht gehabt in der Besorgnis eines kommenden Angriffes, oder einer kommenden Schwierigkeit, haben wir Recht gehabt in der Befürchtung, dass Österreich ganz allein gelassen würde. Die Erkenntnis dieses völligen Verlassenseins war also mit vielleicht einer der wesentlichsten Gründe Schuschnigg's zusammen mit der Erwägung, diese schwierige Zeit zu überbrücken und Zeit zu gewinnen. Österreich musste diesen schweren Weg in die dunkle Zeit, die sich nun auftat in den letzten Wintertagen 1937/38, in Berchtesgaden bis März 1938, ohne das Licht einer nahen oder fernen Hilfe gehen. So kam es zu Berchtesgaden.

F: Haben Sie nun von den bekannten Vorgängen in Berchtesgaden als Aussenminister die Grossmächte verständigt?

A: Ja, entgegen vielfachen Behauptungen der Presse, wurden die interessierten Grossmächte eingehend, sowohl vor Berchtesgaden, wie nach Berchtesgaden, unterrichtet. Ich habe dem Leiter der Politischen Abteilung, - an diese wendet sich bekanntlich das Diplomatische Korps zuerst, - alles Material, sowohl materieller

H0374-0020

wie formeller Natur zur Verfügung gestellt. Der Bundeskanzler selbst, und ich, haben die in Wien akkreditierten Vertreter eingehend unterrichtet und auch auf die gefahrvolle Lage des Reiches aufmerksam gemacht.

VORSITZENDER: Verzeihen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Wir wollen nicht die Einzelheiten. Sie haben gesagt, dass Sie die fremden Staaten vorher und nachher unterrichtet hätten; das genügt.

F: Wir kehren jetzt zum Angeklagten zurück. Ich frage Sie, hat Dr. Syss-Inquart an diesen Besprechungen teilgenommen?

A: An welchen Besprechungen?

F: In Berchtesgaden.

A: Nein.

F: Er ist dann Innen- und Polizeiminister geworden und zu Hitler gefahren, nach Berlin. Meldete er den Inhalt seiner ersten Besprechung mit Adolf Hitler an Schuschnigg?

A: Das ist mir nicht bekannt. Wohl aber weiss ich einzelne Äusserungen des Staatssekretärs Zernatto, aus denen ich schliessen kann, dass eine Unterhaltung über diese Besprechung zwischen Minister Zernatto, dem Leiter der Vaterländischen Front, und Seyss-Inquart stattgefunden haben muss.

F: Es ist daher anzunehmen, dass durch Zernatto auch Schuschnigg davon Kenntnis erhalten hat?

A: Ja, ich nehme an.

F: Wir gehen jetzt zeitlich wieder weiter, es kommen jetzt die März-Tage, Schuschnigg plant eine Volksabstimmung. Ist Ihnen bekannt, ob Schuschnigg hiervon Seyss-Inquart verständigt und mit ihm darüber gesprochen hat?

A: Ja, Seyss-Inquart wurde davon verständigt. Ich habe erfahren dass auch etwa um den 10 März eine Einigung zwischen Seyss-Inquart und dem Bundeskanzler stattgefunden hat; denn der Kanzler erzählte mir, dass Seyss-Inquart sich bereitgefunden habe, für die Wahl am Radio zu sprechen.

H0374 - 0021

F: Als nun Glaise Horstenau berichtete, dass ein Einmarsch drohe, haben Sie in Ihrer Eigenschaft als Aussenminister, die auswaertigen Maechte hiervon verstaendigt ?

A: Eine direkte Mitteilung von Glaise Horstenau habe ich nicht erhalten. Ich erfuhr von der kritischen Lage erst durch das ultimative Schreiben in dem die Absetzung des vom Bundeskanzler fuer den 13. Maerz ausgeschriebene Plebiszites verlangt wurde. Von da ab hat den ganzen Maerz, 11. Maerz hindurch, ein Kontakt mit dem diplomatischen Korps in Wien und spaeter, in den Stunden darauf, auch mit unseren Auslands-Vertretungen bestanden.

F: Es haben sich dann die Forderungen des Deutschen Reiches ueberstuerzt; insbesondere wurde auch die Forderung gestellt, dass Schuschnigg zurueecktreten muesse. Die Minister waren versammelt und da soll ein Regierungsmitglied zu Seyss-Inquart folgendes gesagt haben: " Wir sehen jetzt klar, dass das Reich mit Oesterreich Schluss macht. Es ist das Beste, dass Seyss-Inquart das Bundesamt uebernaehme, damit der Uebergang wenigstens ertraeglich waere." Erinnern Sie sich an eine derartige Aeusserung ?

A: Nein. Ich habe lediglich spaeter von einer Aeusserung des Ministers Glaise Horstenau erfahren, die die besagte Aufforderung an Seyss-Inquart beeinhaltete.

F: Haben Sie den Eindruck gehabt, dass mit der Abschiedsrede Schuschnigg auch die von ihm gefuehrte "Vaterlaendische Front" zusammenbrach ?

A: Ich glaube, die Frage trifft nicht die Situation. Es wurde ja die Demission des Kanzlers ultimativ gefordert und schliesslich der Staat ueberrannt, sodass natuerlich damit die Existenz der vaterlaendischen Front auch hinweggefallen war, denn mit dem Einmarsch der deutschen Truppen war der Nationalsozialismus eine Realitaet geworden, die wohl, das hat ja die Entwicklung gezeigt, der vaterlaendischen Front kein Leben mehr liess.

F: Seyss-Inquart wurde dann zum Bundeskanzler designiert, hat seine Kabinettsliste zusammengestellt und Sie, Herr Zeuge, als Aussenminister in Aussicht gestellt. Ist das richtig ?

A: Das ist richtig. Ich habe abgelehnt. Ich wurde noch einmal aufgefordert, habe neuerdings verweigert und darauf nach dem Grund gefragt. Da hat mir Seyss-Inquart erklaert, er habe die Absicht, Oesterreich, solange es ginge, selbstst"ndig zu halten. Er fuerchte mit seiner Regierung nationalsozialistischer Majoritaet im Westen auf Schwierigkeiten zu stossen und wolle daher der Regierur

H0374 - 0022

meine diplomatischen Erfahrungen und Beziehungen erhalten. Er fuegte hinzu, er habe die Absicht, durch Heranziehung positiver oesterreichischer Vertreter eine breitere Plattform fuer diese Regierung zu schaffen.

F: Haben Sie Namen solcher positiver Oesterreicher in der Ministerliste vorgefunden ?

A: Es kamen Namen dieser Art vor. Ich habe mir selbst schon den Kopf zerbrochen, kann mich aber mit Bestimmtheit an Einzelne nicht mehr erinnern.

F: Ist Ihnen bekannt, warum dann eine andere Liste von Ministern zustande gekommen ist, die die endgueltige war ?

A: In den Abendstunden traf Staatssekretaer Keppler aus Berlin ein und, wie ich spaeter erfuhr, lehnte er mich und, ich glaube, auch noch andere, wenigstens von einem Mann glaube ich es zu wissen, ab. Ich glaube, dass er auch den Vorschlag machte, im Auftrag Berlins, dass Weber das Aussenministerium uebernehmen solle. So fiel diese Liste weg und Seyss-Inquart benuchte sich nicht mehr, mich von meinem negativen Entschluss abzubringen.

F: Glauben Sie, dass Seyss-Inquart die Absicht gehabt hat, Oesterreich, zwar unter nationalsozialistischer Fuehrung, unabhaengig zu erhalten ?

A: Als Zeuge kann ich nur sagen, was ich weiss. Meinungsaeusserungen sind sehr schwer. Ich habe diese Erklaerung, die er mir gegeben hat, festgestellt.

Dr.Steinbauer: Danke, dann habe ich keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen.

Dr.Kubuschok (Verteidiger fuer den Angeklagten von Papen):

F: Laut einer Erklaerung des seinerzeitigen amerikanischen Gesandten in Wien, Mr.Messersmith, soll Herr von Papen bei Beginn seiner Wiener Taetigkeit, sich dahin geaeussert haben, seine wirkliche Aufgabe in Wien sei die wirtschaftliche und politische Einverleibung Sued-Ost-Europas durch Deutschland. Sued-Ost-Europa sei das natuerliche Hinterland Deutschlands. Haben Sie, Herr Zeuge, von einer solchen Aeusserung einmal Kenntnis erhalten ?

A: Nein, bei dem engen Verkehr, den ich immerhin schon vor meiner Ernennung zum Regierungsmitglied, dann insbesondere spaeter, mit dem Gesandten Messersmith hatte, haette ich wohl davon erfahren. Ich nehme an, dass dieser Frage aber doch nicht irgendeine besondere Bedeutung beigemessen wurde, weil es sich bei ersten Besuchen zwischen Diplomaten in der Regel ergibt, dass sie eine Tour de raison machen und beide Laender interessierende, allgemeine politische Fragen eroertern.

H0374 – 0023

Ich habe ja auch spaeter nicht festgestellt, dass Sued-Ost Europa-Politik von der deutschen Gesandtschaft aus betrieben worden waere.

F: Nach den gleichen Angaben des Mr.Messersmith soll damals Herr von Papen auch geäussert haben, er arbeite auf die Schwaechung und Unterminierung der oesterreichischen Regierung hin. Glauben Sie, dass Herr von Papen eine solche Aeusserung getan und insbesondere eine solche Politik betrieben hat ?

Vorsitzender: Einen Augenblick. Herr Dr.Kubuschok, Sie koennen ihn nicht fragen, ob er glaubt, dass er eine gewisse Erklaerung abzugeben hat, oder nicht Das waere nur eine Vermutung. Das ist nicht der Gegenstand einer Aussage. Diese Frage muss daher zurueckgezogen werden und kann hierauf keine Antwort erfolgen. Sie muss vom Protokoll gestrichen werden.

Dr.Kubuschok: Jawohl.

F: Ich frage den Zeugen nun folgendes: hat der Zeuge Messersmith Ihnen einmal eine derartige Aeusserung des Herr von Papen wiedergegeben ?

A: Nein.

F: Hielt die oesterreichische Regierung es fuer zweckmaessig und notwendig, die Beziehungen zum Reich durch ein Abkommen, wie es im Juli 1936 geschah, wieder zu normalisieren ?

A: Ja, ich habe die realpolitischen Gruende bereits auseinandergesetzt, die aussenpolitischer und wirtschaftlicher Art waren.

F: Waren hierbei und auch bei den spaeteren Verhandlungen, innerpolitische Gruende, insbesondere die Regierung der Parteifrage mitbestimmend?

A: Selbstverstaendlich war es die Aufgabe der Regierung, die innerpolitische Spannung zu loesen. Der Bundeskanzler musste sich bemuehen, wege aus der schwierigen Situation, die er von Dollfuss geerbt hatte, durch Abbau der innerpolitischen Fronten, zu suchen.

F: Glauben Sie, dass Herr von Papen den Julivertrag 1936 in betruegerischer Absicht abgeschlossen hat ?

A: Nein, ich habe keinen Anlass gehabt, festzustellen, dass er diesen Abkommen nicht einen ernsten Versuch, zur Schaffung eines modus vivendi zwischen Oesterreich und dem Reich, erblickt haette. Daran aendert auch nichts die Tatsache, dass es schliesslich nur ein modusmalivivendi wurde.

F: Wurde deutscherseits darueber Klage gefuehrt, dass auch nach Abkommen vom

H0374 – 0024

11. Juli 1936 keine wesentliche Aenderung des innerpolitischen Kurses der oesterreichischen Regierung eingetreten sei ?

A: Ja, derartige Vorhaltungen kehrten immer wieder. Damit kommen wir auch auf die letzte und wirkliche Ursache des Konfliktes mit dem Reich, Kampf dem Nationalsozialismus im Innern, im Interesse der Erhaltung der Selbstaendigkeit des Landes; und Zusammenarbeit, auf Grund des Vertrages vom 11. Juli, mit dem Deutschen Reich, dessen Fuehrung nationalsozialistisch war, waren zwei gebieterische Forderungen, die sich fuer die oesterreichische Regierung auf die Dauer als unvereinbar erwiesen. Damit beleuchten wir auch die Schwierigkeiten der Aufgabe aller, die mit der Durchfuehrung dieses Vertrages in Wien zu tun hatten, auch des deutschen Gesandten.

F: Waren auf Grund dieser Verhaeltnisse, insbesondere dann des Juli-Abkommens auch Fragen der inneren Politik, z.B. sachliche und personelle Fragen der sogenannten nationalen Opposition, Gegenstand von Erorterungen zwischen dem Bundeskanzler und Herrn von Papen ?

A: Die eben geschilderte Lage zeigt, dass derartige Erorterungen, wohl unvermeidlich waren und dass auch zwischen dem Bundeskanzler und dem deutschen Gesandten, wie ja auch mit dem italienischen Gesandten, Unterhaltungen ueber die innerpolitische Lage stattgefunden haben. Dies ist, auch allgemein gesehen, wohl nicht unueblich. Ich kenne keine diplomatische Memoiren, die nicht auch Aufzeichnungen dieser Art enthalten wuerden. Zu Einmischungsversuchen haette es der Bundeskanzler allerdings in keinem Punkte, in keinem Falle, kommen lassen. In personellen Fragen war nun Schuschnigg besonders zurueckhaltend, weil er Angst, wenn ich so sagen darf, vor Trojanischen Pferden hatte.

Das duerfte ungefaehr die Situation darstellen, die in solchen Besprechungen, zwischen dem Kanzler einerseits, und dem deutschen Gesandten andererseits, besprochen wurde.

F: Trat der Gegensatz des Herrn von Papen zu den Methoden der illegalen Partei deutlich in Erscheinung ?

A: Ja, nach den der Regierung zugekommenen Informationen, hat die illegale Parteileitung, also insbesondere Leopold, Papen abgelehnt. Dies ist gewiss auch auf Verschiedenheiten grundsaetzlicher Art, also auch grundsaetzlich verschiedene politische Auffassungen und verschiedene politische Lage, zurueckzufuehren, die Papen einerseits und die illegale Parteileitung andererseits,

H0374 - 0025

zu gehen entschlossen waren.

F: Hat Herr von Papen, unter Berufung auf das Juli-Abkommen, jemals in den oesterreichischen aussenpolitischen Fragen eine aggressive Haltung eingenommen ?

A: Es gab zwischen Oesterreich und dem Reich nicht nur auf kulturellem innerpolitischem Gebiete, sondern auch auf aussenpolitischem Gebiete, unueberbrueckbare Meinungsdifferenzen. Ich erwaehne kurz die Forderung des Reiches, Oesterreich solle aus dem Voelkerbund austreten, die wir, mit dem Hinweis auf die geographisch- geschichtlich begruendete kontinentale Sendung Oesterreichs und der Voelkerbundsanleihen zurueckwiesen. Ein zweiter Punkt waere die Haltung Oesterreichs....

Vorsitzender: Ist das alles die Antwort auf die Frage, die Sie ihm gestellt haben ?

A: Ich komme gleich .....

Dr.Kubuschok: Er bringt erst eine Einleitung zur Antwort.

Vorsitzender: Bitte versuchen Sie die Antwort sogleich zu erhalten. Lassen Sie sich von Zeugen die Antwort geben, ohne Einleitung.

Durch Dr.Kubuschok:

F: Es kommt mir darauf an zu wissen, ob Herr von Papen moeglichst fuer eine aggressive Vereinigung der oesterreichischen Aussenpolitik in den einzelnen, von Ihnen genannten Faellen, ausgenutzt hat oder nicht ?

A: Das wollte ich mit meinen Worten dartun, dass trotz der bestehenden tiefgreifenden Differenz dies nicht geschehen ist und dass vielleicht ein Gesandter radikalerer Einstellung, gewisse Gelegenheit und Anlass zu einem schaerferen Vorgehen gegen Oesterreich genommen hat. Wir haben nicht in einem einzi en Fall uns mit dem Deutschen Reich ueber ein gemeinsames aussenpolitisches Vorgehen verstaendigt. Papen hat wohl daran erinnert, aber bei der Erinnerung ist es geblieben.Also vin einer Aggression, oder von einer aggressiven Tactigkeit besser gesagt, kann ich auf diesem Gebiete nicht reden.

F: Hat, im Gegenteil, Herr von Papen auch teilweise besonders aktiv vermittelnd gewirkt. Ich moechte an den Fall Pinkafeld erinnern.

A: Der Flaggenzwischenfall von Pinkafeld ist ein Beispiel der vermittelnden Tactigkeit, die Papen ausgeuebt hat. An und fuer sich ein voellig harmloser Zwischenfall fuerhte zu Einmarschdrohungen seitens Hitlers.

H0374 - 0026

Papen wurde nach Berlin zitiert und hatte alle Muehe Hitlers Zorn, der, wie ich sagte, bis zu Einmarschdrohungen fuehrte, zu beschwichtigen.

Vorsitzender: Herr Zeuge, es waere dem Gerichtshof angenehm, wenn Sie etwas schneller sprechen wuerden.

A: Der Fall ist dann auch, ohne irgendwelche Schwierigkeiten, durch Herrn von Papen beigelegt worden.

Durch Dr.Kubuschok:

F: Ist beigelegt worden. Hat sich Herr von Papen Ihnen gegenueber die Gruende seiner Abberufung am 4. Februar 1938 ausgesprochen ?

A: Er gab bei einem Besuch, am 5. fruh, seiner Verwunderung und seinen Zorn, moechte ich sagen, ueber seine Abberufung Ausdruck, die nach seiner und auch unserer Meinung durch die personellen Veraenderungen des 4. Februar 1938, Abberufung des Generaloberst Fritsch und 30 andere Generaele, Abberufung Neurath, in einem besonderen Licht standen und die auch fuer Oesterreich nicht ohne Auswirkung bleiben sollte, wie er meinte, insbesondere im Hinblick auf die uns damals genannte Person seines Nachfolgers, als der Buerckel, oder Generalkonsul Kriebel in Aussicht genommen war. Das war ungefaehr die Darstellung, Papens, die er am 5. mir und glaube auch dem Bundeskanzler gegeben hat.

F: Er glaubte also und befuerchtete, dass nunmehr sein Nachfolger eine verschaerfte Politik gegenueber Oesterreich einschlagen wuerde ?

A: Auf die beiden Personen musste darauf geschlossen werden.

F: Hat Herr von Papen sich bei seinen Besprechungen in Berchtesgaden an den auf Sie und Schuschnigg ausgeuebten Druck beteiligt ?

A: Nein, Papen hat keinen Druck ausgeuebt.

F: Hat er vielmehr, soweit er ueberhaupt Gelegenheit hatte, sich an der Verhandlung zu beteiligen, versucht die Forderungen Hitlers abzuschwaechen ?

A: Bei der Atmosphaere der Gewalttaetigkeit, die herrschte und dem Forderungsprogramm, das vorgelegt wurde, war das, moechte ich sagen, nicht schwer. Ich glaube, dass er, wie mancher Anwesende, die Ruhe herzustellen bemueht war, um irgendeinen vernuenftigen Verlauf der Verhandlungen zu sichern.

F: Es sind im Laufe der Verhandlungen ja auch eine Anzahl von Konzessionen gemacht worden. Glauben sie, dass die Gesamthaltung, die Gesamtbeteiligung des Herrn von Papen bei dieser Verhandlung insoweit massgebend gewirkt und auch fuer Sie zu praktischen Erfolgen gefuehrt hat ?

H0374 – 0027

A: Die Gesamthaltung war gewiss vermittelnd. Von Erfolg kann man in Berchtesgaden, soweit das Ergebnis zur Diskussion steht, nicht sprechen. Daran ist aber von Papen nicht Schuld.

Vorsitzender: Dr.Kubuschok, koennen Sie in ein paar Minuten beendigen ?

Dr.Kubuschok: Ja.

F: Ich glaube fuer die Beantwortung meiner Frage waere es besser, wenn Sie nicht das Schlussergebnis von Berchtesgaden betrachten, sondern mehr die Tatsache, dass Ihnen Hitler ein sehr grosses Forderungsprogramm weit ueber das endgueltige Ergebnis hinausgehend, vorgelegt hat und wenn Sie beruecksichtigen dass eben tatsaechlich einige fuer Sie sehr wichtige Punkte, im Laufe der Verhandlungen abgeaendert worden sind.

A: Soweit nun eine Hilfe von der anderen Seite in Frage kam, kam sie von Herrn von Papen.

F: Ist Ihnen vielleicht in Erinnerung, dass die Verhandlungen Hitler und Schuschnigg,insbesondere deswegen einen besonders heftigen Verlauf nahmen, weil Hitler Schuschnigg in seiner deutschen Haltung bestimmte und dass Herr von Papen dabei Schuschnigg zur Hilfe kam und dass dadurch fuer Schuschnigg eine Besserung der Anfangsverhandlungssituation geschaffen wurde ?

A: Ich war bei den ersten Besprechungen, bei den ersten 1-2 Stunden, nicht zugegen ich kann daher diese Frage nicht beantworten.

F: Letzte Frage: Hat Herr von Papen nach dem 26. Februar, dem Tag, an dem er sich beim Bundespraesidenten verabschiedete, noch irgend eine amtliche Taetigkeit in Wien ausgeuebt ?

A: Nein, die Leitung der Wiener Gesandschaft wurde vom Geschaeftstraeger, Botschaftsrat Stein, uebernommen, der die beiden bekannten offiziellen Demarchen des Reiches, also Protest gegen die von Schuschnigg geplante Volksabstimmung am 9. nachmittags, oder 10. vormittags, gemacht hat. Ebenso hatte Stein ja neben General Muff und Staatssekretaer Keppler, dem oesterreichischen Staatsoberhaupt das Ultimatum, betreffend die Demission des Bundeskanzlers Schuschnigg ueberbracht. Daraus muss ich erkennen, dass eine Taetigkeit des Botschafters von Papen nicht mehr stattgefunden hat.

Vorsitzender: Wir vertagen uns nunmehr bis auf 14.15 Uhr.

(Daraufhin sich das Gericht bis auf 14.15 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

NACHMITTAGS-SITZUNG

Die Verhandlung beginnt 14.15 Uhr, 13. Juni 1946.

5795
file

VORSITZENDER: Das Gericht wird am Samstag nicht tagen.

DR. KUBUSCHOK: Darf ich die Nachsicht des Gerichtes erbitten, und mir gestatten, an den Zeugen Schmidt noch eine Frage zu richten, die ich vor der Pause übersehen hatte, zu stellen?

VORSITZENDER: Ja.

Verhoer durch Dr. Kubuschok:

F. Herr Zeuge, im November 1937 wurden im Zuge von Massnahmen gegen die illegale Bewegung verschiedene Materialien beschlagnahmt, die mit dem Namen "Tafs-Papiere" bezeichnet waren. Ist die Person des Herrn von Papen in diesen "Tafs-Papieren" behandelt?

A. Soweit ich mich erinnere, wurde mit diesem Material, das wir "Tafs-Plan nannten, mehrere Dokumente hintereinander entdeckt. Ich glaube mich zu erinnern, dass in einem dieser Dokumente erwaehnt worden war, und zwar sollte ein Attentat auf den Deutschen Botschafter in Wien Anlass zu inneren Unruhen in Oesterreich, und in der Folge zu Repressalien Massnahmen der Regierung und in weiterer Folge dann zu Massnahmen seitens des Deutschen Reiches fuehren. Im Einzelnen vermag ich mich an Details dieses Planes nicht zu erinnern.

DR. KUBUSCHOK: Danke.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: (Verteidiger f. d. Angeklagten v. Neurath) Mit Erlaubnis des Gerichtes moechte ich jetzt einige Fragen an den Zeugen richten.

VERHOER DURCH DR. LUEDINGHAUSEN:

F. Herr Dr. Schmidt, wann und bei welcher Gelegenheit haben Sie Herrn von Neurath kennengelernt?

A. Ich lernte Herrn von Neurath im November 1937 in Berlin kennen, wo ich seiner Einladung folgend ihm einen Besuch abgestattet hatt.

F. Koennen Sie uns sagen, welche Einstellung Herr von Neurath als deutscher Reichsaussenminister zu der Frage der Beziehungen des Deutschen Reichs zu Oesterreich hatte, und insbesondere seine Einstellung zu dem Vertrage vom 25. Juli 193 Ich moechte darauf hinweisen, dass die Anklage behauptet, dass Herr von Neurath diesen Vertrag in einer, wie sie sich ausdrueckt, truegerischen Art und Weise geschlossen hat.

H0374 – 0028

A. In den wenigen Begegnungen, die ich mit Herrn von Neurath hatte, hat sich dieser immer auf den Standpunkt eines selbstaendigen Oesterreichs gestellt, und dabei eine moeglichst enge Zusammenarbeit auf aussenpolitischem, wirtschaftlichem und militaerischem Gebiete mit Oesterreich verlangt. Diese Unterhandlungen bewegten sich immer auf der Basis des 11. Juli; die Differenzen ergaben sich nur in der Interpretation des Vertrages.

Neurath stellte sich, im Auftrage der Deutschen Reichsregierung, auf eine moegliche Aktivierung des Vertrages, waehrend wir aus defensiven Gruenden naturgemaess einer anderen Interpraetation denVorzug gaben. Neurath lehnte jedenfalls die Methoden der Gewalt ab, und verfolgte etwa die Linie: selbstaendiges Oesterreich aber moeglichst nahe an Deutschland.

F. Wie stellte sich nun Herr von Neurath zu den extremen Kreisen der Partei im Reich, die praktisch eine Politik der Einmischung in die Inneren Verhaeltnisse Oesterreichs trieben?

A. Wie ich bereits erwaehnte, lehnte Neurath die Methoden der Gewalt ab, und damit auch die Methoden der Einmischung die Methoden der illegalen Partei in Oesterreich.

Ich glaube aus Unterhaltungen, die ich mit ihm hatte, dies eindeutig feststellen zu koennen. Dafuer spricht auch seine voellige Ablehnung der Taetigkeit des Staats-Sekretaers Keppler und Reselmeier, die ja mit die Wegbereiter der neuen Entwicklung im Suedosten und zunaechst in Oesterreich waren. Die Ausdruecke die er dabei verwendete, liessen keinen Zweifel aufkommen ueber seine Haltung.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich habe keine weiteren Fragen mehr.

DR. SEIDL: HerrPraesident, ich bitte, zu gestatten, dass ich in Vertretung des nicht anwesenden Kollegen Dr. Stahmer, einige Fragen fuer den Angeklagten Goering an den Zeugen richte.

VORSITZENDER: Ja.

VERHOER DURCH DR. SEIDL:

F. Herr Zeuge, Sie haben vorhin erklaert, dass Sie im November 1937 zu einem offiziellen Besuch in Berlin waren?

A. Ja.

F. Haben Sie bei dieser Gelegenheit auch mit dem damaligen Feldmarschall Goering gesprochen?

A. Jawohl.

H0374 – 0029

F. Ist es richtig, dass Ihnen schon damals Feldmarschall Goering gesagt hat, dass die oesterreichische Frage nur durch die vollkommene Vereinigung der beiden Brudervoelker geloest werden kann, also durch den Anschluss Oesterreichs an das Reich, und dass er seinerseits alles tun werde, um dieses Ziel zu erreichen?

A. In dieser Form ist es mir nicht gesagt worden. Wohlhat der Reichsmarschall, der damalige, auf eine enge Zusammenarbeit mit Oesterreich fordernd hingewiesen. Von einer Forderung nach dem Anschluss war meines Erinnerns nach nicht die Rede.

Ich koennte dazu zur Illustration, sagen, dass damals von den Ereignissen des 25. Juli 1934 die Rede war. Ich habe der Meinung Ausdruck gegeben, dass das Abkommen vom Juli 1936 einen Schlusstrich unter diese Entwicklung ziehen muesse; dabei hat Reichsmarschall Goering erklaert, dass er den Drahtzieher dieser Sache ich glaube es war Habicht, den er nannte, zur Verantwortung gezogen, und in eine obskuren Ort Deutschlands verbannt hatte. Schon aus dieser Bemerkung geht hervor dass also von Anschluss nicht die Rede gewesen sein konnte. Der Reichsmarschall, der damalige, begruesste auch die Entwicklung, die durch den 11. Juli 1936 eingeleitet worden war, das heisst, dass nun ein Schlusspunkt gesetzt war unter die bisherige Entwicklung, die man als einen Kriegszustand bezeichnen musste, wie er bis zum 11. Juli 1936 bestanden hatte.

F. Ist es richtig, dass am Morgen des Anschlusses, also am Morgen des 12. Maerz 1938, Goering Sie mit dem Flugzeug nach Berlin kommen liess?

A. Nein, das war am Montag, ich glaube Montag oder Dienstag; es muss der 15. oder 16. gewesen sein.

F. Hat er, als Sie in Berlin waren, an Sie die Frage gerichtet, ob Sie selbst, oder Schuschnigg, am Tag vor dem Anschluss von auswaertigen Maechten Hilfe, und zwar militaerische Hilfe, erbeten haetten?

A. Dieser Frage kann ich mich nicht entsinnen.

F. Sie haben heute Vormittag erklaert, dass mit dem Anschluss in Oesterrei der Nationalsozialismus eine Realitaet geworden sei. Ich frage Sie nun, war nich schon vor dem Anschluss auch in Oesterreich der Nationalsozialismus eine politische Realitaet?

A. Eine politische Realitaet gewiss, aber ich meinte, sagen wir eine Politik in politischer Realitaet, im Sinne der gestalteten Gewalt im Staat.

H0374 – 0030

H0374 – 0031

VORSITZENDER: Ich fuerchte, dass Sie etwas zu schnell vorwaerts gehen ---, nun ich weiss nicht, was es war.

Jedenfalls waere es besser, wenn Sie es wiederholen wuerden, denn es scheint, dass die Uebersetzung nicht mitgekommen ist.

VERHOER DURCH DR. SEIDL:

F. Die Frage lautete, ob nicht schon vor dem Anschluss in Oesterreich der Nationalsozialismus eine politische Realitaet war. Ich habe die Frage im Hinblick darauf gestellt, dass heute Vormittag der Zeuge erklaerte, erst mit dem Einzug der deutschen Truppen sei in Oesterreich der Nationalsozialismus eine Realitaet geworden.

A. Mit der Bezeichnung "politische Realitaet" meinte ich, dass der Nationalsozialismus nunmehr die Staatsgewalt in die Hand bekommen hatte, waehrend er bis dahin ja eine verbotene Partei darstellte, die allerdings nach dem Abkommen vom 12. Februar im Rahmen der vaterlaendischen Front zur Mitarbeit an der politischen Verantwortung herangezogen werden sollte, also ich wollte damit sagen, die grundlegende Aenderung, die eben mit dem Einmarsch der deutschen Truppen fuer den Nationalsozialismus gekommen war.

F. Nun noch eine letzte Frage: Haben Sie nach dem Anschluss nicht wiederholt dem Reichsmarschall gegenueber geaeussert, dass die vaterlaendische Front beim Anschluss wie ein Kartenhaus zusammengebrochen sei?

A. Ja an einzelne Aeusserungen vermag ich mich nicht zu erinnern, aber Zusammenbruch der vaterlaendischen Front war ja mit dem Rueck tritt des Kanzlers gegeben. Die vaterlaendische Front war ja das Sammelbecken des Widerstandes; der Widerstand war mit dem 11. Maerz zusammengebrochen.

DR. SEIDL: Ich habe keine Fragen mehr.

VORSITZENDER: Wuenscht die Anklagevertretung Kreuzverhoer.

VERHOER DURCH MR. DODD:

F. Dr. Schmidt, wann hat zum ersten Mal - wenn Sie es wissen - der Angeklagte von Papen dem Kanzler Schuschnigg den Vorschlag gemacht, dass er, Schuschnigg, mit Hitler zusammenkommen sollte?

A. Im Spaetherbst 1937, es muss November gewesen sein, machte von Papen die Anregung einer derartigen Begegnung. Diese Besprechungen blieben aber dann ohne konkretes Resultat. Die offiziellen Einladungen ueberbrachte von Papen etwa am 6. oder 7. Februar, nachdem er von seinem Besuche bei Hitler zurueckgekehrt war. An diesem Tage habe ich von der Einladung erfahren.

F. Wollen Sie uns bitte auch mitteilen, bo Sie wissen, ob Papen Schuschnig die Versicherung gab, dass diese Besprechung nur auf gan, bestimmte Punkte beschraenkt sein wuerde, und sich nur mit Fragen befassen sollte, ueber die sich Schuschnigg und Papen schon vorher geeinigt hatten?

A. Der Bundeskanzler selbst verlangte eine genaue Umschreibung des Besprechungsprogramms, also Grundlage: 11 Juli, endgueltige Beseitigung der bestehenden Differenzen, usw. Das war zwischen Papen und Schuschnigg vereinbart worden.

F. Hat Herr von Papen Schuschnigg die Versicherung gegeben, dass die Besprechung fuer Oesterreich guenstig verlaufen wuerde?

A. Versicherung, nein, aber eine Erklaerung hat Papen gegeben, dass die Situation derzeit guenstig sei. Dabei verwies von Papen auf die Verhaeltnisse, wie sie am 4. Februar geschaffen worden waren, und glaubte, dass Hitler einen aussenpolitischen Erfolg nach diesen Ereignissen brauchte; es koenne also um einen geringen Preis fuer den Kanzler ein gewisser Erfolg erzielbar sein.

F. Ich versuche nur, das Folgende klarzustellen und bitte, machen Sie Ihre Antworten kurz, das wird uns helfen: Sie und Schuschnigg hatten den Eindruck, dass Ihnen und Oesterreich Vorteile gebracht wuerden, wenn Sie an dieser Besprechung teilnehmen wuerden. Stimmt das?

A. Ich habe schon frueher gesagt, dass der Kanzler nicht optimistisch war, also eine Besserung der Lage war wohl nicht erwartet, nur eine Bereinigung der bestehenden Differenzen.

F. An dem Abend vor Ihrer Abreise nach Berchtesgaden, unterhielten Sie sich mit einem Mann, namens Hornbastel, dem Botschafter, nicht wahr?

A. Ja.

F. Hatten Sie sich schon vorher mit Seyss-Inquart an dem Abend besprochen, Sie und Schuschnigg?

A. Es ist moeglich, in diesen Tagen waren wiederholt Besprechungen gewesen

F. Vielleicht kann ich Ihnen etwas nachhelfen. Erinnern Sie sich, dass Zernatto und Seyss-Inquart irgend ein Memorandum entwarfen bezueglich innenpolitischer Fragen, waehrend Sie und Hornbastel, glaube ich, oder war es jemand anderes, ein Schriftstueck, oder Schriftstuecke ueber internationale Fragen oder ueber aussenpolitische Angelegenheiten verbreiteten?

A. Ich konnte nicht verstehen.

F. Ich spreche von der Zeit, als Sie und einige Ihrer Mitarbeiter einen Entwurf anfertigten, betreffend aussenpolitischer Fragen, waehrend Zernatto und

H0374 – 0032

H0374 - 0033

Seyss-Inquart Schriften ueber Innenpolitische Fragen entwarfen. Das wissen Sie doch noch, nicht wahr?

A. Ja.

F. Sie waren an jenem Abend beunruhigt betreffs Seyss-Inquart, nicht wahr?

A. Ich kann nicht verstehen.

F. Koennen Sie mich jetzt verstehen?

A. Ja.

F. Worueber machten Sie sich Sorgen, welche Gruende hatten Sie zu Ihren B fuerchtungen in Bezug auf Seyss-Inquart?

A. Die Entwuerfe, die ich vor der Abreise zu Gesicht bekam und die von Zer natto und Seyss-Inquart als Unterlagen fuer den Teil der innerpolitischen Besprechungen ausgearbeitet worden waren, schienen mir politisch weltfremd und unbrauchbar. Ich hatte den Eindruck, dass hier zwei Maenner am Werke waren, die die beste Absicht hatten zu vabulieren, aber nicht dem Ernst der Situation gerec worden waren. Es waren hier Formulierungen gebraucht, wie oesterreichische nationalsozialistische Weltanschauung zum Unterschied gegenueber nationalsoziali stischer. Es gibt aber keinen Unterschied. Eine oesterreichische nationalsoziali stische Weltanschauung kann nur eine nationalsozialistische sein. Diese Dinge ha ich in einer meiner Aussprachen kritisiert.

F. Sie hatten die Befuerchtung, dass er vielleicht mit Hitler ein Geheimab kommen hatte und dass uble Dinge fuer Oesterreich daraus entstehen koennten. Mit "ihm" meine ich Seyss-Inquart?

A. Nein, damals hatte ich keine Befuerchtungen, dass ein Geheimabkommen be stuende zwischen Hitler und Seyss-Inquart.

F. Nun, als Sie in Berchtesgaden am naechsten Tag ankamen stellten Sie fest dass ein grosser Teil des Materials, das zwischen Zernatto, Ihnen, Seyss-Inquart und Schuschnigg besprochen wurde, dass dieses Material bereits die Grundlage fuer Hitlers Forderungen war, die er an Schuschnigg stellte, nicht wahr?

A. Ja.

F. Kamen Sie wenigstens an den Tage nicht zu der Ueberzeugung, dass Seyss-Inquart mit Hitler schon vorher, bevor Sie nach Berchtesgaden gekommen waren, ver handelt hatte und ihm diese grundsaetzlichen Forderungen schon mitgeteilt hatte?

A. Wir hatten nur den Eindruck, dass den Besprechungen ein Entwurf zugrundeliege, der als ausgearbeitet war von Maennern, die die Verhaeltnisse kannten. Es lag also ein grosser Teil der Abmachungen Zernatto - Seyss-Inquart zu-

H0374 - 0034

grunde diesem Forderungsprogramm. Das gesamte Forderungsprogramm war uns vorher nicht bekannt gewesen.

F. Sie und Schuschnigg vertraten doch an dem TageOesterreich in Berchtesgaden, nicht wahr?

A. Ja.

F. Hitler, von Papen, von Ribbentrop, Keitel, Sperrle und Reichenau waren doch fuer Deutschland, nicht wahr?

A. Ja.

F. Sie, von Papen und Schuschnigg fuhren zusammen von der Grenze nach Berchtesgaden und in demselben Eisenbahnwagen, nicht wahr?

A. Ja.

F. Und im Laufe des Tages - - -

A. (unterbrechend) Ja, ob Papen in den Eisenbahnwagen war, kann ich nicht sagen, Zurueck kamen wir zusammen.

F. Gut, er war aber auch doch jedenfalls in demselben Zug, wissen Sie es nicht. Er bestieg doch den Zug an der Grenze und fuhr mit Ihnen und Schuschnigg weiter?

A. Das weiss ich nicht mehr.

F. Hat er Sie an der Grenze getroffen?

A. Er hat uns an der Grenze erwartet.

F. Vielleicht, bin ich verwirrt, worueber ich wissen moechte ist eine gewisse Besprechung, die Sie und Schuschnigg mit von Papen hatte, entweder zur Zeit, als Sie ihn an der Grenze trafen oder auf dem Wege nach Berchtes-

H0374 - 0035

gaden, als er Ihnen erzaehlte: "es werden ein paar Generaele da sein, ich hoffe, es macht Ihnen nichts aus."

Erinnern Sie sich, dass Papen das sagte?

A: Es war von Generaelen die Rede, das weiss ich. Er hatte Schuschnigg gesagt, -- ob er den Namen Keitel nannte, weiss ich nicht mehr, -- dass er anwesend sein wuerde.

F: Aber es wurde nur so nebenbei gesagt und ich frage nur, ob Sie ueberhaupt Gelegenheit hatten, Einspruch zu erheben. Und bis zu dieser Zeit wussten Sie ja nicht, dass Militaers auch dort waren?

A: Nein, bis dahin wussten wir das nicht.

F: Nun, sie kamen fruehmorgens in Berchtesgaden an, oder zu welcher Tageszeit, fruehmorgens oder spaeter?

A: Im Laufe des Vormittags.

F: Ja, koennen Sie dem Gericht bitte einmal beschreiben so gut es geht, was an dem Tage dort vor sich ging. Wir haben schon vieles ueber diese Besprechung in Berchtesgaden gehoert und Sie sind der erste Mann im Zeugenstand, der dort war. Ich glaube, dass es nicht so war. Keitel war auch dort, Sie nahmen jedenfalls an der Besprechung teil.
Wie fing diese Besprechung an?

A: Die Besprechungen begannen zunaechst mit der Unterhaltung zwischen Hitler und Schuschnigg. Diese Unterhaltung fand unter vier Augen statt. Es waren also weder ich noch die anderen Herren anwesend. Spaeter wurden dann die einzelnen Herren zugezogen. Es fanden dann auch Besprechungen ohne Hitler statt und zwar zusammen mit dem damaligen Aussenminister von Ribbentrop wurden dann die Programmpunkte, die uns vorgelegt worden waren, nun durchgesprochen. Im Laufe dieser Unterhaltungen wurden dann auch einzelne Forderungen gestrichen.

F: Waehrend Hitler und Schuschnigg sich unterhielten, was haben Sie waehrend dieser Zeit getrieben? Mit wem haben Sie gesprochen?

A: Da war ich zusammen mit den anderen Herren, die Sie nannten, zum Teil waren wir in der grossen Halle, zum Teil haben wir im Vorraum vor dem Zimmer, in dem die Unterredung stattfand, gewartet.

F: Haben Sie zum Beispiel mit von Ribbentrop gesprochen, waehrend Schuschnigg mit Hitler diskutierte?

H0374 - 0036

A: Nein.

F: Was habenSie mit von Ribbentrop besprochen, wenn Sie mit ihm geredet haben?

A: In den Nachmittagsstunden haben wir mit Ribbentrop - zum Teil habe ich alle: allein gemacht - dieses Forderungsprogramm durchgegangen und es ist mir auch gelungen, einzelne Punkte davon zu streichen. Es waren in der Regel Besprechungen im Rahmen des uns vorgelegten Forderungsprogramms waehrend des Vormittags.

F: Augenblicklich moechte ich, dass Sie sich zeitlich festlegen, sodass wir genau ueber die Reihenfolge der Vorgaenge im Bilde sind. Waehrend Hitler und Schuschnigg sich unterhielten, haben Sie nur herumgesessen und sich formell unterhalten oder haben Sie sich mit Ribbentrop oder mit jemand anderem unterhalten?

A: Am Vormittag noch nicht, weil wir ja - wenigstens ich - das Programm noch nicht kannten und die politische Aussprache konnte ja nur auf Grund der gegenseitig vorgelegten Wuensche stattfinddn.

F: Es waren doch auch Pausen gewissermassen zwischen den Konferenzen und hatten Sie dabei nicht Gelegenheit mit Schuschnigg zu sprechen, waehrend diesen Zwischenraeumen?

A: Jawohl, nach einer Stunde etwa, nachdem Schuschnigg herauskam, hat er mir einen Ueberblick ueber die Situation gegeben und hat sich mit mir besprochen ---

F: Sagen Sie uns bitte genau, was er Ihnen erzaehlte?

A: Er hat die Atmosphaere zunaechst geschildert, die Heftigkeit der Sprache und den ultimativen Charakter der Wuensche, die unterbreitet worden waren --

F: Versuchen Sie, uns doch das genauer zu sagen, wenn Sie sich erinnern, wie beschrieb er die Heftigkeit der Sprache? Das ist es, was wir wissen wollen.

A: Er begann zunaechst mit der Begruessung. Er erklaerte, dass ihm Hitler Vorwuerfe gemacht haette, dass er kein Deutscher sei, bezw. dass Oesterreich keine deutsche Politik betrieben habe. So sei es immer gewesen, schon zur Zeit der Habsburger. Auch das katholische Element in Oesterreich habe er dafuer verantwortlich gemacht. Oesterreich habe jeder nationalen Bewegung Pruegel zwischen die Fuesse geworfen und so sei es auch heute. Hier erwaehnte Hitler auch die Tatsache, dass Oesterreich nicht aus dem Voelkerbund ausgetreten sei. Es kam dann zu sehr harten Auseinandersetzungen zwischen Hitler und Schuschnigg persoenlich, bei denen der Bundeskanzler den Eindruck hatte, dass auch er persoenlich scharf

H0374 – 0037

angegriffen worden war. Die Einzelheiten dieser Besprechung weiss ich nun nicht mehr. Die Atmosphaere war nach der Schilderung des Bundeskanzlers aeusserst hart.

F: Nach diesen Besprechungen hatten Sie das Mittagessen oder etwas spaeter?

A: Nach diesen Besprechungen etwa um 12 Uhr oder 1/2 1 Uhr war ein gemeinsames Mittagessen. Dort war ein absolut normaler Ton wieder. Es hatten sich inzwischen die Wogen wieder gelegt.

F: Hat Schuschnigg sehr viel geraucht?

A: Damals, oder wann?

F: Damals zu diesem Zeitpunkt natuerlich?

A: Schuschnigg war ein starker Raucher.

F: Wir haben gehoert, dass er waehrend dieses Tages der Besprechung keine Erlaubnis hatte zu rauchen, aber Sie haben Ribbentrop darum gebeten, dass Sie ihm wenigstens eine Zigarette zukommen lassen dürfen. Stimmt das oder nicht oder ist das eine Geschichte?

A: Es wurde uns damals gesagt, dass in Anwesenheit von Hitler nicht geraucht werden moege. Das ist richtig. Ich habe dann eine Moeglichkeit gesucht fuer den Kanzler, dass er eine Zigarette rauchen koenne. Ob ich darum Ribbentrop gebeten habe, kann ich mich genau nicht erinnern, weil dieses Detail auch nicht von Bedeutung war.

F: Gut, hat Schuschnigg Ihnen nach der Konferenz erzaehlt, dass Hitler ihm gesagt haette, dass Seyss-Inquart der Sicherheitsminister werden sollte?

A: Ich konnte die Frage wieder nicht hoeren, es ist eine Stoerung gewesen.

F: Ich fragte Sie, hat Hitler gefordert, dass Seyss-Inquart Sicherheitsminister wird?

A: Es war ein Punkt des Forderungsprogramms, ja.

F: Gefordert von Hitler?

A: Ja.

F: Hat er auch gefordert, dass Glaise Horstenau Heeresminister wird?

A: Das war die zweite Position, die gefordert wurde.

F: Hat er ebenfalls gefordert, dass alle ausgewiesenen Studenten von Oesterreich wieder zugelassen werden?

A: Ja, es sollten die relegierten Studenten begnadigt und wieder zugelassen werden zu den Universitaeten.

H0374 – 0038

F: Und dass gewisse entlassene Beamte wieder in ihr Amt zugelassen werden?

A: Ebenso das.

F: Und dass gewisse entlassene Polizeibeamte in Oesterreich wieder ihr Amt zurueckerhalten?

A: Das war unter dem Kapitel Gnadenakt inbegriffen.

F: Es sollten also entlassene Beamte aus der Exekutive wieder aufgenommen werden in ihren Instanzen. Wurde auch die Forderung gestellt betr. eines Devisenaustausches und einer Zollunion?

A: Es waren wirtschaftliche Forderungen zur Debatte. Das Wort Zollunion selbst ist nicht gefallen. Es waren Forderungen, die doch in die Naehe kamen.

F: Nun, ist es Ihnen nicht zum Bewusstsein gekommen, dass sobald Schuschnigg erfuhr, dass diese Forderungen an Sie gestellt waren, dass diese Besprechungen weit ueber die Grenze hinausgingen, die von Papen und Schuschnigg gestellt war. Das wussten Sie doch g[illegible]ich?

A: Das Programm war weitergehend als wir angenommen hatten. Es ist richtig, ich weiss aber nicht, ob von Papen das Programm vorher gekannt hatte, ich nehme an, nein.

F: Das habe ich gar nicht gefragt, ich wollte sagen, gingen Sie nicht zu Papen und sagten ihm, "deshalb sind wir nicht hierhergekommen", oder so etwas aehnliches. Hatten Sie kein Gespraech mit ihm waehrend einer der Pausen?

A: Es waren natuerlich Aeusserungen dieser Art, dass das Programm weitgehender war, als wir angenommen hatten, gefallen.

F: Was hat Papen darauf zur Antwort gegeben?

A: Wir hatten den Eindruck, dass Papen selbst unangenehm beruehrt war ueber einzelne Punkte.

F: Hat er nicht die Anregung gemacht, dass Sie mit Hitlers Forderungen uebereinstimmen sollten?

A: Die letzten Bedingungen also, nachdem wir einen Teil der Konzessionen bereits erreicht hatten, hat Papen gewiss zur Annahme empfohlen, weil ja eine Einigung meiner Meinung nach erzielt werden sollte. Auch Bundeskanzler Schuschnigg hat ja sein persoenliches Wort gegeben, weil er ohne Resultat nicht wegfahren wollte, um die Situation Oesterreichs nicht zu gefaehrden.

F: Hitler gab auch zu oder versprach, dass er die illegale Nazipartei in

H0374 – 0039

Oesterreich aufloesen wuerde. Das hat er doch versprochen, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Und dass er Dr. Tafs und Leopold, die Fuehrer der Nazipartei in Oesterreich zurueckrufen wuerde, nicht wahr?

A: Ja.

F: Und Sie waren auch damit einverstanden, Seyss-Inquart als Sicherheitsminister zu ernennen?

A: Der Bundeskanzler hat sich zu diesem Entschluss bekannt.

F: Und waren weiter einverstanden, Leute wie Fischboeck und Wolf in den oesterreichischen Pressedienst aufzunehmen?

A: Die sollten aufgenommen werden. Sowohl Fischboek in das Handelsministerium und Wolf in die Presseabteilung und die Form, wie das geschehen sollte, war nicht --

F: Und Sie waren ebenfalls damit einverstanden, dass einige der Nazis in die Vaterlaendische Front, also in Ihr Programm hineingenommen werden sollten, nicht wahr?

A: Die Bezeichnung "einige der Nazis" in die Vaterlaendische Front trifft nicht die Situation. Es war die Frage des Einbaues der nationalen Opposition, die man damals als oesterreichische nationalsozialistische Weltanschauung bezeichnete, in die VF., also die Mitarbeit dieser ganzen Gruppe am politischen Leben Oesterreichs.

F: Hitler sagte Ihnen, Sie haetten Zeit bis zum 15. Dezember, s eine Bedingung anzunehmen, nicht wahr? Ich meine 15. Februar.

A: Ja.

F: Und dann sagte er, wenn Sie das nicht tun, wuerde er Gewalt anwenden.

A: Das Ultimatum war, ja es war ein Ultimatum und Hitler hatte erklaert, er hatte die Absicht schon im Februar,in Oesterreich einzumarschieren und habe sich noch zum letztenmal zu einem Versuch bereitgefunden.

F: Wie war es mit den Generaelen. Sind diese waehrend der Konferenz hinein und herausgegangen, Leute wie der Angeklagte Keitel?

A: Es wurden mehrere der Generaele hineingerufen.

F: Hatten Schuschnigg und Sie Befuerchtungen, Sie sollten moeglicherweise selbst verhaftet oder erschossen werden?

H0374 - 0040

A: Dass wir eventuell nicht wegkommen, die hatten wir, dass wir erschossen wuerden, nein.

F: Wissen Sie nicht mehr, dass Sie und Schuschnigg--
Hat Ihnen Schuschnigg nicht gesagt, dass, als Hitler Keitel hineinrief, er, naemlich Schuschnigg dachte, dass dies das Ende sein wuerde? Sie erinnern sich doch, dass Schuschnigg Ihnen das sagte und Sie sagten darauf, Sie haetten Ihre Zustimmung gegeben, weil Sie auch Befuerchtungen hatten.

A: Ich konnte dem nicht folgen.

F: Wissen Sie noch, dass Ihnen Schuschnigg auf der Rueckreise nach Wien erklaerte, dass er Angst hatte, als Keitel hineinkam und dass er glaubte, er wuerde erschossen werden und Sie Schuschnigg erzaehlten, dass Sie ebenfalls Befuerchtungen hatten?

A: Nein, an diese Unterhaltung erinnere ich mich nicht. Von Erschiessen war nie die Rede, sondern wir hatten, wie ich schon sagte, Angst. Der Kanzler war auch der Meinung, dass wir, wenn die Verhandlungen nicht gutgehen, wir nicht mehr wegkommen.

F: Was tat Papen waehrend die Generaele hinein und herausspazierten? Hat er das ebenso wie Sie gesehen?

A: Das ist nach einer sehr bewegten Unterhaltung sehr schwer zu sagen, nach acht Jahren, was der Kanzler nun damals getan hat.

F: Waren nicht so viele von den Generaelen dort? Sechs oder acht? Waren sie meist in einer Gruppe oder wie?

A: Es wurde ja dauernd gewechselt. Wir waren nicht immer zusammen drin. Es waren verschiedene Kombinationen zusammengekommen.

F: Vielleicht werde ich die Frage so formulieren. Bestand nicht die Moeglichkeit, dass von Papen damals die Generaele dort einfach nicht sah?

A: An diesem Tage haette er sie sehen muessen, als wir dort waren.

F: Ribbentrop sagte zu Ihnen, dass Hitler sehr wuetend war, nicht wahr?

A: Darueber waren wir alle einig.

F: Er draengte auch darauf, dass Sie am besten diese Bedingungen annehmen sollten, er hielt das fuer Sie und Schuschnigg als das Beste.

A: Jedenfalls hat Ribbentrop damals nicht an diesem Druck sich beteiligt. Er hat die deutschen Forderungen mit vertreten aber nicht etwa in einer unan-

H0374 – 0041

genehmen oder drueckenden Form. Das habe ich schon damals gegenueber dem Bundeskanzler erwaehnt.

F: Ja, war die Lage nicht so? Ribbentrop spielte die Rolle des liebenswuerdigen Menschen, waehrend Hitler die Rolle des Wuetenden spielte und Sie und Schuschnigg wurden staendig von einem zum anderen geschickt?

A: Ich hatte hier den Eindruck, dass Ribbentrop mit der Materie nicht gut vertraut war, und sich schon deshalb etwas zurueckgehalten hatte.

F: Das ist sehr interessant und ist auch nicht mehr neu in diesem Falle. Stimmt es nicht, dass Sie den Mittelsmann spielten, sozusagen zwischen dem liebenswuerdigen Mann Ribbentrop und dem wuetenden Mann Hitler?

A: So kann man es nicht bezeichnen. Das war nicht die Situation. Wir hatten mit Ribbentrop die Details zu verhandeln. Hitler hatte erklaert, wir sollten die Einzelheiten nun im Kreise der Fachleute verhandeln.

F: Es ist moeglich, dass Sie das noch nicht einsehen. Sind Sie sicher, dass das nicht die Lage war oder ist es nur, dass Sie es bis jetzt noch nicht eingesehen haben?

A: Worueber?

F: Dass diese Dinge so vor sich gingen, wie ich Sie soeben beschrieben habe zwischen dem liebenswuerdigen Mann und dem Wuetenden?

A: Nein.

F: Wenn Sie mich nicht richtig verstehen, dann wollen wir uns nicht mehr damit befassen. Nun, wie lange hielten Sie sich noch in Berchtesgaden auf und um wieviel Uhr haben Sie Berchtesgaden verlassen?

A: In den spaeten Abendstunden, es muss zwischen 9 und 10 Uhr gewesen sein meiner Erinnerung nach.

F: Als Sie in Wien ankamen, hatten Sie mit Seyss-Inquart Besprechungen ueber das, was sich in Berchtesgaden abspielte?

A: Es hat zunaechst eine Besprechung zwischen Zernatto und Seyss-Inquart stattgefunden, wobei ich Zernatto und Seyss-Inquart genau ins Bild gesetzt hatte, da ja Zernatto sowohl vom Kanzler und von mir informiert worden war. Spaeter bin ich dann zu dieser Unterhaltung hinzugekommen. Ich hatte aber den Eindruck, dass der groesste Teil der Schilderung bereits vorbei war und es wurden dann noch Einzelheiten eroertert.

H0374 – 0042

F: Sie haben dem Gericht heute früh erklärt, dass Seyss-Inqua: zu Ihnen sagte, dass er für Österreich eine geweisse Unabhängig- keit beibehalten wollte, so etwas wie Unabhängigkeit auf jeden Fall. Das haben Sie doch nicht geglaubt, als er Ihnen das sagt:

A: Da kann ich nicht "ja" und nicht "nein" sagen. Ich habe ih abgelehnt und dachte deshalb nicht viel über seine politischen Begriffe, weil ich nicht die Absicht hatte, in die Regierung ei: zutreten. Die Forderung war so anzusehen, dass sie ernst gemein war.

F: Sie bedienten sich doch einer gewissen Ausdrucksweise, als Sie ihn abwiesen. Was sagten Sie doch über Anständigkeit und Wahrheit?

A: Ich habe damals erklärt, dass ich zu Bundeskanzler Schusch- nigg gehörte und dass für mich immer noch das Gesetz von Anstän- digkeit und Treue gelten würde und dass ich daher mit ihm abtret

F: Haben Sie nicht den Ausdruck gebraucht, " ich glaube immer noch an die Regeln der Wahrheit und Anständigkeit?"

A: Nein. Noch gelten für mich die Gesetze von Treue und An- ständigkeit. Ich bin den Weg des Bundeskanzlers Schuschnigg ge- gangen und trete auch mit ihm ab. Man musste meinen, dass das Verhältnis zum Bundeskanzler und jeder der es kennt, weiss, was das heisst und dass ich nicht anders handeln konnte.

F: Ich habe das ja garnicht behauptet. Ich will, Herr Zeuge, n versuchen, zu zeigen, dass Sie sich gewisser Ausdrücke bedienten, als Sie Seyss-Inquart abwiesen, die andeuteten, dass Sie nicht glaubten, er wäre wahrheitsliebend treu oder anständig, stimmt das nicht?

A: Ich sage nur, dass ich selbst mich weigerte, diese Forderun: anzuerkennen. Eine Differenz ergab sich aus der Tatsache, dass ich ein Freund des Kanzlers war.

F: Nun, Sie wissen doch, dass wir Ihre Aussage von Wien haben, wo Sie unter Eid vor Gericht aussagten und Sie erinnern sich, dass Sie dem Richter dort gesagt haben, dass Seyss-Inquart an

H0374 – 0043

der gewaltsamen Beseitigung des Schuschnigg teilnahm.

A: Ja, ich habe erklärt, dass ich nicht einer Regierung Seyss-Inquarts angehören können, da diese ja schliesslich mitverantwortlich für die Beseitigung der Regierung Schuschniggs sei. Da ich mit Schuschnigg befreundet war, konnte ich nicht an einer solchen Regierung teilnehmen.

F: Es geht zum Schluss darauf hinaus, ob nachdem Sie doch Seyss-Inquart kannten und er in engster Verbundenheit mit den Nazis war und nach Ihren Erfahrungen in Berchtesgaden, Sie im Ernst seien, wenn Sie dem Gericht sagen, dass Sie wirklich dachten, ... wirklich Seyss- Inquart glaubten, als er sagte, dass er für Österreich einige Unabhängigkeit bewahren möchte.

A: Damals bezweifelte ich es noch. Ich hatte Zweifel an Seyss-Inquart; was in seinem Hirn vorging, das wusste ich nicht. Was in seinem Kopfe vorging, das kann ich nicht sagen.

F: Das will ich Sich nicht fragen. Ich will wissen, was in Ihrem Kopfe vorgegangen ist. Sie haben sich mit dem Angeklagten von Papen doch einmal vor nicht allzuviel Jahren über Seyss-Inquart unterhalten?

A: Ja.

F: Können Sie dem Gericht sagen,wann und wo diese Unterhaltung stattfand?

A: Ich habe von Papen im Spätherbst 1943 gesprochen. Ich begegnete ihm und unser Gespräch kam dann auf die Vorgänge des 11. März 1938. Von Papen äusserte sich damals in einer sehr heftigen Kritik über das Vorgehen jener Tage, über Seyss-Inquart Deshalb meinte er,weil er nichts für die österreichischen Interessen getan habe, dass das Vorgehen auch nicht den deutschen Interessen gedient hätte. Er wollte damit seiner Kritik Ausdruck geben und ich hatte den Eindruck, dass er ja gegen eine gewaltsame Lösung sei, also gegen eine Lösung durch die Gewalt, wie es sonst immer der Fall war.

F: Ich möchte, dass Sie dem Gericht genau sagen, was von Papen über Seyss-Inquart sagte.

H0374-0044

In 1943 war das doch,nicht in 1940. Das war doch als Sie in der Türkei waren und ebenfalls von Papen?

A: Ja.

F: Vielleicht kann ich Ihnen etwas unter die Arme greifen, wenn Sie es vergessen haben, hat Papen nicht gesagt, dass er Seyss-Inquart nicht die Hand geben würde.

A: Ja, das sagte er. Er sagte, dass er einige Zeit nach dem Anschluss sich geweigert hätte, ihm die Hand zu geben und bezog sich auf sein Benehmen in 1938.

F: Hat er nicht auch gesagt, dass sein Benehmen einfach unmöglich wäre, hat er diesen Ausdruck über Seyss-Inquart benützt, oder so etwas ähnliches?

A: In dieser Form hat er sich geäussert.

F: Was hat er sonst noch gesagt? Sie haben damals in Wien gesagt, dass von Papen sich der schärfsten Ausdrücke bediente, als er Seyss-Inquart und sein Benehmen im März 1938 beschrieb. Ich glaube, das Gericht würde darin interessiert sein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie genau sagten, was er gesagt hat und es war ja auch erst vor 3 Jahren als Sie mit von Papen diese Unterhaltung hatten und bis jetzt haben Sie uns noch nicht viel darüb gesagt.

A: Er hat sich in heftigster Form geäussert. Er hat ein Urteil gefällt, worin er ausdrücken wollte, dass Seyss-Inquart die Österreicher nicht schätze und dass er überhaupt nichtsgetan hätte, um die Treue der Österreicher oder die Eigenart Österreichs die Interessen Österreichs zu wahren. Das war der Grundgedanke von Papen. Der zweite Gedanke war, dass auch den deutschen Interessen nicht damit gedient gewesen sei, womit er etwas sagen wollte, dass zwar ein berechtigtes Interesse des deutschen Reiches durch diese Form, die gehandhabt wurde, mit Unrecht umgedreht worden wäre in den Augen der Welt und damit die aussenpolitischen Interessen verletzt worden wären. Das war der Hauptgedanke in dieser Unterredung und ich glaube auch, dass er ähnliche Bemerkungen in anderen Unterredungen und Anderen gegenüber gemacht hat.

H0374-0045

F: Gut. Ich fürchte, ich bin von dem Komplex Berchtesgaden abgegangen und habe etwas ausgelassen, das von Wichtigkeit sein könnte.

Wissen Sie noch, ich glaube es war kurz bevor Sie Ihre Sitzung damals abbrachen, dass Hitler zu Papen sagte " von Papen, Sie haben es mir möglich gemacht, Reichskanzler zu werden. Ich werde Ihnen das nie vergessen. " Haben Sie gehört, wie Hitler das zu von Papen sagte damals in Berchtesgaden?

A: Diese Bemerkung ist in ähnlicher Form gefallen .

F: Was hat von Papen darauf erwidert?

A: Das kann ich nicht mehr sagen.

F: Hat er nicht gesagt," Jawohl mein Führer", oder so was ähnliches?

A: Das nehme ich an, dass es so war. Da er so angesprochen wurde, musste er ja so antworten.

F: Er hat bestimmt nicht verneint?

A: Das nehme ich nicht an. Ich kann mich nur an die Antwort nicht erinnern, ich weiss nur die Frage.

F: An dem Abend in Wien, als die SS - und SA-Männer durch die Fenster und Türen der Kanzlei kletterten, hat Seyss-Inquart irgendetwas unternommen, um sie aus dem Hause wieder herauszubringen?

A: Nach meiner Kenntnis nicht, das weiss ich nicht, ich stand ja auf der anderen Seite.

F: Ja. Das war eine sehr gespannte Lage. Sie hatten doch damals Angst, dass Schuschnigg etwas passieren würde?

A: Es war eine sehr gespannte Situation.

F: Wie kamen Sie und Schuschnigg heim an jenem Abend von der Kanzlei?

A: Wir sind in drei Wagen gefahren, in einem war der Bundeskanzler, in einem anderen der Präsident und ich war in dem dritten. Die Abfahrt wurde organisiert und begleitet von SS-Leuten.

F: Schuschnigg wurde nicht in Seyss-Inquarts Privatwagen nach Hause gebracht, sondern durch die SS?

H0374 - 0046

A: Sie sind zusammen im Wagen gefahren. Ich habe selbst gehört dass Seyss-Inquart dem Kanzler gesagt hat, er würde ihn nach Hause nehmen. Ob es nun der Wagen des Kanzlers oder der Wagen Seyss-Inquarts war, das weiss ich nicht. Sie sind jedenfalls zusammen in einem Wagen gefahren.

F: Begleitet von der SS?

A: Nein. soviel ich weiss, nicht.Ich weiss nicht, ob auch SS in dem Wagen des Kanzlers waren. Die SS hat nur die Ausfahrt eskordiert und es befand sich niemand in dem Wagen oder in meinem Wagen des Präsidenten, nachdem wir das Haus verlassen hatten

F: F: Das haben Sie doch dem Wiener Gericht nicht erklärt. Dort haben Sie gesagt," Dr. Schuschnigg und ich wurden, begleitet won der SS nach Hause gefahren."

A: Nein, ich sagte, die SS eskordierte oder leitete die Abfahrt vom Ballhausplatz. Es waren etwa 40 SS anwesend, die di Abfahrt von dort leiteten. Ob nach dem noch jemand im Wagen verblieb, das weiss ich nicht.

F: Gut. Vielleicht können Sie uns in einer anderen Frage etwas unter die Arme greifen, als Seyss-Inquart seine Radio-Rede hielt, da war er doch noch nicht Regierungsmitglied, nicht wahr?

A: Über diese Frage wird viel debattiert. Der Bundeskanzler hatte in den Nachmittagsstunden demissioniert. Der Bundeskanzler hatte die Demission zunächst nicht angenommen, also war er immer noch Kanzler und Seyss-Inquart noch Minister. Ob dann später die Annahme der Demission erfolgt ist, vermag ich nicht zu sagen. Manche sagen, dass der Präsident den Kanzler bat, zu bleiben. Aber Seyss-Inquart und andere glauben, dass das nicht der Fall war. Nur das Staatsoberhaupt selbst kann diese Frage beantworten.

F: Als früheres Regierungsmitglied möchte ich Ihnen ein Dokument in die Hand geben und vielleicht können Sie uns sagen, ob Sie es vorher schon gesehen haben, es ist 4015'-PS, es wird US 891. Hier steht, dass Bundespräsident Miklas nicht nur Schuschnigg als Bundeskanzler abgesetzt hat, sonder auch sämtliche anderen

H0374 - 0047

Mitglieder der Regierung, ebenfalls hat er sämtliche Staatssekretäre aus ihren Ämtern entfernt, das war am 11. März.

A: Ja.

F: Das beweisst doch, dass Seyss-Inquart, als er diese Rede hielt, gar nicht mehr im Amte war. So legen wir das aus, nicht wahr?

A: Ich glaube, dass ich in dieser Frage eine grössere Praxis habe, weil ich selbst lange beim Bundespräsidenten war.

F: Nun, stimmt das, oder stimmt das nicht? Sehen wir richtig?

A: Es braucht nicht notwendigerweise so sein. In der Praxis gehen manchmal solche Dokumente einige Tage später heraus, denn die Bürokratie verlangsamt die Sache. Man müsste nachforschen, wann dies in der Praxis tatsächlich ausgefürt wurde. Ich nehme an, dass dies erst lange nach dem 11. März erfolgt ist.

F: Hat Seyss-Inquart öfter den Ausdruck "Trojanisches Pferd" benützt in den Tagen vor dem 12. März oder "Trojanischer Pferdeführer." Ist das ein oft von ihm verwandter Ausdruck?

A: Er hat öfter gesagt, dass er nicht ein "trojanischer Pferdeführer" sei, und dadurch wollte er seine Treuezum Ausdruck bringen und wollte erklären, dass es nicht seine Aufgabe sei, die Hintertür dem Nationalsozialismus zu öffnen.

F: Glauben Sie, dass er zu oft protestiert hat?

A: Gegen was?

F: Darüber, dass er nicht ein "trojanischer Pferdeführer" sei.

A: Ich habe diesen Ausdruck 2 bis 3 Mal gehört und zwar durch Zernatto.

MR DODD: Ich habe keine weitere Frage mehr.

DR STEINBAUER: Ich habe nur eine kurze Frage im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen. Herr Zeuge, hat Seyss-Inquart nicht auch Posten des Gardebataillons vor das Zimmer des Ministers gestellt?

A: Es waren Posten anwesend.

F: Um wieviel Uhr erfolgte dann der tatsächliche Rücktritt Schuschniggs?

H0374-0048

A: Ja, das ist eben schwer zu sagen, wann das geschehen ist, jedenfalls mit der Ernennung der neuen Regierung. Ich habe angenommen, dass es etwa zwischen 9 und 10 Uhr gewesen sein muss, da der Bundespräsident ernste Verhandlungen wegen der Wahl eines neuen Kanzlers geführt hatte und zwar glaube ich war das damals, als der Bundeskanzler Dr. Endter zur Debatte gestellt war.

DR STEINBAUER: Ich habe selbst keine weiteren Fragen an diesen Zeugen mehr.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann gehen.

DR STEINBAUER: Ich rufe mit Zustimmung des Gerichts als Zeugen den Polizeipräsidenten Dr. Wilhelm Skubl auf.

VORSITZENDER: Wie heissen Sie?

A: Michael Skubl.

VORSITZENDER: Sprechen Sie mir den folgenden Eid nach: "Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werde."-

Setzen Sie sich.

DR STEINBAUER: Herr Zeuge, welche Funktionen haben Sie in der österreichischen Republik bekleidet?

A: Ich war zuletzt Polizeipräsident in Wien und Staatssekretär für die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und überdies Generalinspizierender der österreichischen Executive.

F: Wurden Sie zu diesem Büro auf Anraten des Dr. Dollfuss gerufen mit Instruktionen, die er Ihnen vor seinem Tode gab?

A: Dr. Dollfuss hatte am Tage vor seiner Ermordung am 24. Juli mich zum Generalinspizierenden der Polizei bestellt. Und ich hatte sein volles Vertrauen genossen.

F: Kann man Sie also als Vertrauensmann und als Nachfolger und Freund Dr. Schuschniggs nennen?

A: Jawohl.

F: Und Sie waren, als Seyss-Inquart Minister wurde, diesem als Staatssekretär beigegeben und zugleich Generalinspektuer?

H0374 - 0049

A: Jawohl, als Seyss-Inquart zum Minister des Innern und der Sicherheit bestellt wurde wurde ich ihm als Staatssekretär beigegeben und war ihm infolgedessen unmittelbar unterstellt, während ich bis dahin den Bundeskanzler als den Chef der Sicherheit unterstellt war.

F: Ist die Polizei und Gendarmerie in Ihrer Hand oder in der Hand Seyss-Inquarts praktisch gewesen?

A: Jawohl, praktisch war sie in meiner Hand gewesen.

F: Haben Sie insbesondere die Aufgabe gehabt, die illegalen Bewegungen zu bekämpfen.?

A: Als Polizeipräsident und als Staatssekretär für die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit war es natürlich einer meiner Aufgaben, der Kampf gegen die illegalen Bewegungen, insbesondere gegen die nationalsozialistische Agression.

F: Haben Sie irgendeine Verbindung Dr. Seyss-Inquart's mit dem Juli-Putsch 1934, das heisst, zu Dollfuss festgestellt?

A: Nein.

F: Wie war denn überhaupt seine Stellung zum Nationalsozialismus?

A: Dr. Seyss-Inquart hat sich als Nationalsozialist bekannt. Aber soviel ich weiss wurde er von den sogenannten Hundertzwanzi und Hundertfünfzigprozentigen Nationalsozialisten, also von den Führern der illegalen Bewegung nicht als hundertprozentiger Nationalsozialist angesehen,wohl aber als sehr geeignete Person, um auf dem Schachbrett der nationalsozialistischen Bewegung als Schachfigur verwandt zu werden.

F: Wenn ich Sie also richtig verstanden habe, war er mehr Geführter als Führer?

A: Ich hatte den Eindruck, dass er mehr Geführter als Führender war.

F: Wie war nun Ihre Zusammenarbeit mit Seyss-Inquart in seiner Eigenschaft als Innenminister?

A: Es gab keinerlei Störungen des Einvernehmens. Es war ein durchaus harmonisches.

H0374 – 0050

F: Hat er irgendwelche Einflüsse auf die Polizei genommen, ha er zum Beispiel Nationalsozialisten in das Polizeikorps hineingebracht?

A: Nein, das ist in keinem Falle geschehen.

F: Hatten Sie Gelegenheit, mit Umgehung des Ministers direkt dem Bundeskanzler Schuschnigg Bericht zu erstatten?

A: Bundeskanzler Schuschnigg war der Chef der Regierung und a solcher selbstverständlich mein oberster Vorgesetzter und es wa selbstverständlich, dass ich auch den Bundeskanzler regelmässig und auf besondere Anfrage Bericht erstattet habe und von ihm au Weisungen entgegengenommen habe.

F: Dr. Seyss-Inquart ist bald nach seiner Ernennung zum Minister in das Reich zu Hitler gefahren. War Diese Reise offen ode geheim?

A: Sie war öffentlich.

F: Woraus schlossen Sie das?

A: Sie war bekanntgegeben worden. Ichhatte von dieser Reise Kenntnis, auch Bundeskanzler Schuschnigg hatte meines Wissens von dieser Reise Kenntnis. Es war auch naheliegend, dass er in seiner Stellung als Verbindungsmann zwischen der österreichischen Regierung und dem Reich Gelegenheit nehmen musste, mit Hitler zu sprechen.

F: Als nun Seyss-Inquart zurückkam, hat er über den Inhalt seiner Unterredung mit dem Führer Bericht erstattet?

A: Jawohl. Ich habe Seyss-Inquart bei seiner Rückkehr auf dem Bahnhof empfangen und habe gefragt, wie denn die Unterredung mit Hitler ausgegangen sei und Seyss-Inquart hat mir - noch frisch unter dem Eindruck dieser Begegnung und Unterredung - mitgeteilt, was er dem Führer erklärt hatte und die Punkte sind mir noch genau in Erinnerung: Seyss-Inquart hat dem Reichskanzler erklärt:

1. Herr Reichskanzler, ich bin österreichischer Minister und als solcher auf die österreichische Verfassung vereidigt, also vereidigt auf die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Öster-

H0374 - 0051

reichs.

2. Ich bin gläubig, ich bin aktiver Katholik, ich könnte also keinen Kurs mitmachen, der irgendwie zu einem Kulturkampf führte.

3. Ich komme aus einem Land, in dem die Totalität nicht in Frage kommt.

H0374 - 0052

F : Hat nun das Reich trotz dieser Auffassung eine neue Landesleitung der illegalen NSDAP bestellt ?

A : Ja, soviel mir bekannt ist, wurde am 21. Februar Klausner zum Landesleiter bestellt.

F : Als nun Dr. Schuschnigg seine Abstimmung bekannt gab, hat er da irgend-welche besondere Sicherheitsmassnahmen angeordnet ?

A : Die Anordnung der Abstimmung hat natuerlich bei den Nationalsozialisten wie eine Bombe gewirkt. Nicht nur bei den Nationalsozialisten in Oesterreich, sondern auch draussen im Reich. Es hat also eine fieberhafte Aktivitaet und eine fieberhafte Taetigkeit begonnen und dagegen mussten natuerlich entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

Diese besondere Aktivitaet erklaert sich daraus, dass die Nationalsozialisten fuerchten mussten, bei der Abstimmung eine schwere Niederlage zu erleiden; denn die Abstimmungsparolen waeren von der ueberwiegenden Majortaet der oesterreichischen Bevoelkerung bejaht worden. Es ist sehr interessant in diesem Zusammenhang auf einen Artikel hinzuweisen, der am 11. Maerz in der deutsch-oesterreichischen Tageszeitung erschienen ist und aus dem die Besorgnis herauszulesen war, dass diese Volksabstimmung den Weg eroeffnen wuerde zu einer Demokratisierung Oesterreichs, zur Errichtung einer Volksfront und infolgedessen im weiteren Verlauf zu einer Bolschewisierung. Daraus erkannt man das Bewusstsein, das die oesterreichischen Nationalsozialisten in der Minoritaet gewesen sind.

F : Nun kommen wir zu dem denkwuerdigen 11. Maerz 1938. Wann haben Sie als Chef der Exukutive erfahren, dass die deutschen Truppen einmarschieren ?

A : Der 11. Maerz war ein ausserordentlicher aufregender und ereignisreicher Tag. Das Gefuehl fuer die Zeit ist einem dabei verloren gegangen. Ich weiss, dass in den Abendstunden eine Meldung ueberbracht wurde, dass deutsche Truppen die Grenze ueberschritten hatten, eine Meldung, die allerdings nicht bestaetigt werden konnte, die aber die ergaenzende Meldung ergeben hat, dass

H0374 – 0053

ausserordentliche besorgniserregende Truppenbewegungen an der oesterreichischen Grenze stattfanden.

F : Hat nicht Seyss-Inquart nach Schuschniggs Ruecktritt im Radio erklaert, dass er, um ein Chaos zu vermeiden, zur Ruhe und Ordnung aufforderte, da er noch immer Sicherheitsminister sei ?

A : Diese Erklaerung hat Seyss-Inquart ueber das Radio abgegeben.

F : Haben Sie irgendwelche Wahrnehmeungen gemacht, dass er vor der Demission Schuschniggs irgendwelche Weisungen, Telegramme, Telefongespraeche oder sonstige Mitteilungen machte zur Machtergreifung in den Laendern durch ihn ?

A : Wie ich wahrgenommen habe, war die Haltung Seyss-Inquart bis zum kritischen Moment, eigentlich eine sehr passive und wie cih bereits frueher erwaehnt habe, hat er tatsaechlich mehr den Ausdruck eines Gefuehrten, als eines Fuehrenden gemacht und zwar mit deutlichen Zeichen der Verlegenheit.

F: Haben Sie nicht selbst dann nachmittags oder in den Abendstunden seitens des Bundespraesidenten Miklas das Angebot erhalten, die Bundeskanzlerschaft zu uebernehmen ?

A : Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat mich zu sich gerufen und hat mir erklaert, dass von deutscher Seite also von Hitler ein Ultimatum ergangen sei, dass er sich nicht mehr mit der Aufschiebung der Abstimmung zufrieden gaebe, sondern die Demission Schuschnigg's verlange und Schuschnigg hat mir erklaert, er persoenlich sei zur Demission bereit, aber er koenne seinen Leuten nicht zumuten, dass Seyss-Inwuart zum Bundeskanzler bestellt warde. Er habe eine Frage an mich und zwar die Frage ob ich bereit sei, die Bundeskanzlerschaft zu uebernehmen. Er hat das im Einvernehmen mit dem Bundespraesidenten getan, der mir wenige Augenblicke spaeter das gleiche Angebot gestellt hatte. Ich habe dieses Angebot abgelehnt und zwar abgelehnt in der Erwaegung, dass meine Bestellung zum Bundeskanzler in den Augen Hitler 's eine Kriegserklaerung bedeuten wuerde. Als Staatssekretaer fuer die Angelegenheit des oeffentlichen Sicherheitswesens stand ich an der Splitze der Ab-

H0374 – 0054

wehrfront fuer die nationalsozialistische Aggression und infolgedessen auch in persoenlicher Gegnerschaft gegen Hitler. Haette ich also die Kanzlerschaft uebernommen, so waere Hitler ein willkommener Anlass geboten worden, seine Truppen einmarschieren zu lassen. Die Annahme der Kanzlerschaft haette also Aufnahme des Kampfes gegen die Invasion bedeutet und ein solcher Kampf waere voraussichtlich angesichts der vielfachen Ueberlegenheit der deutschen Streitkraefte gegenueber der oesterreichischen Wehrmacht und der oesterreichischen Exekutive aussichtslos gewesen.

F.: Nun hat Seyss-Inquart sein Kabinett gebildet und Sie sich als Staatssekretaer uebernommen. Warum sind Sie in dieses Ministerium eingetreten?

A: Seyss-Inquart hat mir den Antrag gestellt auch in seiner Regierung als Staatssekretaer fuer die Angelegenheiten der oeffentlichen Sicherheit beizubehalten und ich habe dieses Angebot angenommen im Vertrauen darauf, dass Seyss-Inquart sich der Bedingungen erinnern werde, die er dem Fuehrer gestellt hat, also Bundeskanzler des selbstaendigen Oesterreichs sein werde. Ausserdem bewegte mich auch der Wunsch, und das Bestreben die Exekutive in der Hand zu behalten und fuer den Fall, dass Seyss-Inquart Schwierigkeiten bei der Vertretung des oesterreichischen Standpunktes haben sollte, ihm eine Hilfe zu sein. Also sozusagen einen gewissen inneren Stuetzpunkt, eine oesterreichische Enklave im Kabinett des oesterreichischen Bundeskanzler Seyss-Inquart.

F: Hat Ihnen auch Seyss-Inquart damals noch fuer die Selbstaendigkeit Oesterreichs ausgesprochen?

A: Er hat es mir gegenueber nicht ausgesprochen. Das hat in der Unterredung als eine Selbstverstaendlichkeit gegolten.

F: Wann sind Sie aus dem Kabinett ausgetreten und warum?

A: Ich habe noch in der Nacht vom 11. auf 12. Maerz die Aufgabe uebernommen den von Berlin angekuendigten Reichsfuehrer der SS Himmler auf dem Flugplatz zu empfangen. Bei dieser Gelegenheit ist nicht Himmler allein gekommen, sondern ein ganzes Gefolge. An die Namen der einzelnen kann ich mich nicht mehr erinnern;

H0374 - 0055

aber einen Namen habe ich sehr deutlich verstanden, das war der Name von Meissner. Meissner war ein oesterreichischer Polizei-Offizier, der am 25. Juli sich den aufstaendigen Nationalsozialisten angeschlossen hatte und dann nach Zusammenbruch dieses Aufsta ins Reich geflohen war und jetzt unter dem Schutz Himmlers zurueckkam. Das war fuer mich eine derartige Unmoeglichkeit, dass der Entschluss in mir feststand hier nicht weiter mit zu tun, und als ich dann am 12. vormittags in das Bundeskanzler-Amt kam u von Glaise Horstenau mit der Mitteilung ueberrascht wurde, dass Himmler meinen Ruecktritt verlangt habe, habe ich geantwortet, " den kann er sehr billig haben; denn dazu bin ich bereits seit den Morgenstunden entschlossen."
Und ich habe dann im Anschluss daran erklaert, im Beisein von Seyss-Inwuart, dass ich Kenntnis davon habe, was Himmler verlange und dass ich selbstverstaendlich zum Ruecktritt entschlossen sei, und bitte meine Demission zur Kenntnis zu nehmen.

Seyss-Inquart sagte : " Es ist richtig, dass Himmler Ihren Ruecktritt verlangt hat, aber ich lasse mir von draussen nichts diktieren. Es waere vielleicht im Moment viel besser, wenn Sie fuer einige Wochen verschwinden, aber dann zurueckkehren; denn ich lege Wert auf Ihre Mitarbeit . "
Ich habe allerdings erklaert, dass ich dazu bereit sei. Ich habe tags darauf auch mein Demissionsgesuch schriftlich als Polizeipraesident und als Staatssekretaer eingebracht, nachdem ich bereit am 12. abends die Geschaefte tatsaechlich dem Kaltenbrunner uebergeben hatte, der mir als sogenannter politischer Fuehrer der Exekutive beigegeben worden war.

F : Sie sind dann confined worden und bis jetzt noch nicht nach Wien zurueckgekehrt ?

A : Ich bin dann zunaechst in meiner Dienstwohnung unter SS- und Polizeiaufsicht gehalten worden und bin dann am 24. Mai von 2 Gestapoleuten von der Kassler Gestapo nach Kassel zum Zwangsaufenthalt deportiert worden, und bin dann dort gewesen bis zur Befreiung durch die Alliierten.

DR. STEINBAUER : Ich habe keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen. Herr Vorsitzender, vielleicht koennen wir jetzt eine Pause machen.

(1o Minuten Pause).

VORSITZENDER : Wuenscht ein anderer Verteidiger Fragen zu stellen ? (Keine Antwort)

Wuenscht die Anklagevertretung Fragen vorzunehmen ?

MR. DODD : Keine Fragen, Herr Praesident.

VORSITZENDER : Der Zeuge kann gehen.

DR. STEINBAUER : (Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart) Herr Praesident, darf ich nun den naechsten Zeugen Dr. Friedrich Wimmer aufrufen ?

(Der Zeuge wird hereingefuehrt und betritt den Zeugenstand)

VORSITZENDER : Bitte, geben Sie Ihren vollen Namen an.

DER ZEUGE : Dr. Friedrich Wimmer.

VORSITZENDER : Bitte, sprechen Sie den folgenden Eid mir nach: Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wehrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(Der Zeuge spricht den Eid nach)

VORSITZENDER : Sie koennen sich setzen.

DR. STEINBAUER : Ich habe mit der Vernehmung des Zeugen Skubl den Fragenkomplex Oesterreich abgeschlossen und gehe jetzt zu den Niederlanden ueber.

DURCH DR. STEINBAUER

F : Herr Zeuge, waren Sie vom Juli 194o bis Mai 1945 Generalkommissaer fuer die innere Verwaltung und Justiz in den Niederlanden ?

A : Ja.

F : Hatten Sie als solcher die innere Verwaltung, Justiz, Unterricht, Gesundheitswesen, Archivwesen, Museen und die Legislative zu besorgen ?

A : Jawohl.

F : Waren Sie nicht auch gleichzeitig Stellvertreter des Reichskommissaers ?

H0374 - 0056

H0374 - 0057

A : Im Ausnahmezustand, sonst nicht.

F : Nahmen Sie auch an den allwoechentlichen Dienstbesprechungen der Generalkommissaere und Generalsekretaere beim Reichskommissar teil ?

A : Ja.

F : Sie waren also ueber die Vorgaenge in den besetzten Niederlanden vollstaendig orientiert ?

A : Im allgemeinen, ja.

F : Ich frage Sie nun : War die deutsche Polizei ein Teil der Dienststellen des RK, Reichskommissars, oder war sie nicht vielmehr selbstaendig den Berliner Zentralstellen unterstellt ?

A : Die deutsche Polizei war eine eigene, vom Reichskommissar getrennte Dienststelle und war in Weisungen und zwar sowohl organisatorisch, als auch sachlich, den in Betracht kommenden Zentralstellen im Reiche unterstellt.

F : Das heisst also, direkt dem Reichsfuehrer - SS, Himmler unterstellt ?

A : Sie war direkt dem Reichsfuehrer-SS unterstellt.

F : Hatte nun die deutsche Polizei ausserhalb der Aufgaben der Ordnungs- und Schutzpolizei, noch besondere Aufgaben in den Niederlanden ?

A : Sie hatte eine Reihe besonderer Aufgaben in den Niederlande

F : Koennen Sie dieselben aufzaehlen ?

A : Ich vermag sie wohl nicht erschoepfend aufzuzaehlen, aber beispielsweise gehoerte ausschliesslich in ihren Wirkungsbereich die Bekaempfung der Widerstandsbewegungen in den Niederlanden, es gehoerte weiterhin in ihren Bereich die Errichtung und die Fuehrung und die Aufsicht ueber die Konzentrationslager. Es gehoerte weiter ausschliesslich in ihren Wirkungsbereich die Entfernung der Juden aus dem niederlaendischen Volkskoerper.

F : Nun, gehen wir zur inneren Verwaltung. An der Spitze der frueheren Ministerien stand je ein Generalsekretaer, also Niederlaender. Wurden diese, wenn sie zurueecktraten, irgendwie verfolgt ?

H0374 - 0058

A : Nein, Der Reichskommissar hatte bei seinem Amtsantritt den niederlaendischen Generalsekretaeren gesagt, dass sie, wenn sie irgendwie sich durch Anordnungen und Forderungen der Besatzungsmacht beschwert fuehlen konnten, dass sie dann ohne Befuerchtung sich an ihn wenden sollen, ihm ihre Schwierigkeiten mitteilen wolle und, dass er dann sie, wenn sie es wuenschen, von ihrem Amte verabschieden wird und zwar so, dass sie in keiner Weise irgendwelche Unannehmlichkeiten, welcher Art immer, zu erwarten haben und, dass sie auch in finanzieller Hinsicht sichergestellt sind und ihre Pension bekommen.

F : Hat der Reichskommissar auch Provinzkommissar abgesetzt ?

A : Er hat wohl auch Provinzkommissare abgesetzt, doch die Auswechselungen geschahen auch, ich erinnere mich an zwei Faelle, durch Ableben des betreffenden Provinzkommissars.

F : Wie ist es mit den Buergermeister ?

A : Was die Ernennung der Buergermeister anbelangt, so gilt grundsaetzlich dasselbe, wie fuer alle uebrigen Beamten in den Niederlanden. Die Buergermeister in den Niederlanden sind naemlich, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, in den meisten Staaten, nicht gewaehlte Funktionaere, sondern sind Beamte im eigentlichen und echten Sinne des Wortes. Sie wurden von der Koenigin ernannt und zwar auch die kleinen Buergermeister. Der Reichskommissar hat, da das Staatsoberhaupt sich nicht in den Niederlanden befand, sich vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, die Ernennung und Entlassung der Buergermeister zu regeln und hat die Regelung so getroffen, das s er die wichtigsten Positionen des Staates hinsichtlich der Ernennung, sich selbst vorbehalten hat, waehrend er die grosse Masse der Ernennungen und Entlassungen in die Haende der niederlaendischen Generalsekretaere gelegt hat.

F : Wenn Sie also heute rueckschauend die Frage pruefen, wie die Verhaeltnisse 1940 und 1945, hinsichtlich der Aemter und der Beamtenschaft in den Niederlanden waren, was haben Sie hierbei festzustellen ?

H0374 - 0059

A : Ich glaube, ich darf sagen, dass am Ende der deutschen Besatzung der allergroesste Teil der gesamten Beamtenschaft im Amte war, die beim Eintreffen der deutschen Besatzungsmacht in den Niederlanden vorhanden gewesen ist.

F : Seyss-Inquart wird der Vorwurf gemacht, dass er die politischen Parteien aufgeloest hat. Wann und warum geschah das ?

A : Die Aufloesung der politischen Parteien war dadurch gegeben, dass einige politischen Parteien zumindest, ein Verhalten an den Tag legten das fuer die Besatzungsmacht, insbesondere in kritischen Zeiten, nicht tragbar gewesen ist. Abgesehen davon, dass in einem besetzten Gebiete es ueberhaupt schwierig, wenn nicht ganz unmoeglich sein duerfte, mit politischen Parteien zu arbeiten. Es kamen auch von Seiten des Nachrichtendienstes Meldungen, dass Konspirationen verschiedenster Art gepflogen worden sind und so hat sich der Reichskommissar veranlasst gefuehlt, die Parteien aufzuloesen. Er hat jedoch nicht staatsrechtlich die Parteien an sich beseitigt, die Institution der Parteien an sich, blieb.

F : Es wurde von Seiten des Reiches angeregt, die Verwaltung neu zu organisieren und die Niederlande in fuenf Verwaltungsbezirke einzuteilen, an Stelle der ueberlieferten Provinzen. Hat Seyss-Inquart das getan ?

A : Der Reichskommissar hat solche Anregungen oder Wuensche jederzeit abgelehnt und zwar konnte er das umso mehr tun, als die niederlaendische Verwaltung auf einem hohen Niveau gestanden ist und zunaechst der Reichskommissar damit gerechnet hat und auch rechnen konnte, auf Grund verschiedenster Versicherungen, dass die niederlaendische Verwaltung loyal zur Besatzungsmacht sich stellen wird.

F : Nun haben wir auch eine, dem Nationalsozialismus nahestehende Partei, gefuehrt von Mussert, die NSB. Hat diese Partei auf die Verwaltung einen fuehrenden Einfluss bekommen oder nicht ?

A : Die NSB hat auf die Verwaltung als Partei ueberhaupt keinen Einfluss bekommen. Es war nur so, dass die Besatzungsmacht selbst-

H0374 - 0060

verstaendlicher Weise sich an die NSB gewandt hat und sie in gewissen Faellen zu Rate gezogen hat, denn jede Besatzungsmacht, glaube ich, in der Geschichte, sowohl als in unseren Tagen, wird sich nicht an diejenigen Parteien und Gruppen wenden, die gegenueber der Besatzungsmacht eine feindliche Haltung einnehmen.

F : Hat der Fuehrer der NSB, Muessert, versucht, eine aehnliche Situation zu schaffen, wie es in Norwegen, unter Quisling war, das heisst, dass er Ministerpraesident von den Niederlanden wird ?

A : Dieses Bestreben hat Muessert gehabt. Er hat es auch immer wieder und beharrlich zum Ausdruck gebracht und ich kann sagen, dass er dadurch den Reichskommissar in unangenehme Situationen gebracht hat.

H0374 – 0061

F: Also, kurz der Reichskommissar --

A: Der Reichskommissar hat dieses jederzeit abgelehnt.

F: Eine andere Frage: Hat Seyss-Inquart irgendwie einen Zwang in religioeser Beziehung auf die Bevoelkerung des besetzten Gebietes ausgeuebt?

A: Nein.

F: Hat er im Schulgebiet Verordnungen erlassen, die die Rechte der Niederlaender geschmaelert haben?

A: Nein.

F: Hat er nicht das niederlaendische Rote Kreuz gefoerdert, obwohl in diesem Zellen der illegalen Widerstandsbewegung waren?

A: Er hat das Rote Kreuz nicht nur unbehindert seine Funktion ausueben lassen, sondern hat es, wie Sie sagen, auch gefoerdert. Er hatte in politischer Hinsicht manchen Grund gehabt, gegen das Rote Kreuz einzuschreiten, denn es sind im Bereich des Roten Kreuzes Sendestationen, illegale Sendestationen, gefunden worden.

F: Das waren Zellen der Widerstandsbewegung.

A: Ja.

F: Es wird ihm nun weiter der Vorwurf gemacht, dass er gesetzgeberisch in die vorhandene Gesetzgebung eingegriffen habe und zwar in der Frage der Staatsbuergerschaft und auch im Eherecht. Sie haben die Justizabteilung geleitet. Was koennen Sie ganz kurz dazu sagen?

A: Ein solcher Eingriff oder solche Eingriffe sind gemacht worden. Sie sind aber auch gemacht worden, weil vom dem Standpunkt der Kriegfuehrung und vom Standpunkt der Wehrmacht insbesondere, die notwendig gewesen ist; denn diejenigen Niederlaender, um von der Staatsbuergerschaft zu reden, die in die deutsche Armee eingetreten sind, die wollten eine Sicherung dadurch besitzen, dass sie auch die deutsche Staatsbuergerschaft erreichen. Der Reichskommissar, der aber auf dem Standpunkt gestanden ist, dass sie durch die Erreichung der deutschen Staatsbuergerschaft keinen Nachteil in den Niederlanden selbst bekommen sollen, hat angeordnet, und das steht auch in der

H0374 - 0062

bezueglichen Verordnung, dass di se Niederlaender, die die deutsche Staatsbuergerschaft erworben, die niederlaendische Staatsbuergerschaft behalten, sodass sie dadurch ihrem Volkstum und ihrer Nation nicht entfremdet werden konnten. Was das Eherecht anbelangt, so hat sich die Notwendigkeit ergeben, dass, wenn Soldaten insbesondere, si mit Niederlaenderinnen verheiraten wollten, die Genehmigung der Eltern, nicht aus politischen Gruenden, verweigert wurde. Diese Genehmigung war deswegen von einiger Bedeutung in diesem Zusammenhang, weil die Eltern dieses Genehmigungsrecht, entgegen den meisten anderen Staaten, ich glaube bis zum 3 0. Lebensjahr, der Betreffenden gehabt haben.

DURCH DR. STEINBAUER:

F: Ich komme jetzt zu einem anderen Kapitel, das ist die Frage der sogenannten Standgerichte. Koennen Sie uns sagen, wie diese Standgerichte zusammengesetzt waren und wielange sie, und wann sie getagt haben?

A: Die Schaffung von Standgerichten hat sich als notwendig ergeben, nachdem in Amsterdam ein Generalstreik ausgebrochen war, und man fuer kuenftige Falle die Rechtsgrundlage haben wollte, um kuenftige Streiks eventuell im vornherein schon zu unterbinden, beziehungweise, wenn sie ausgebrochen waren, entsprechend und wirksam, und vor allem auf Grund des entsprechenden Gesetzes bekaempfen zu koennen.

Wie diese Standgerichte organisiert sind, und wann sie funktioniert haben, das ist in der betreffenden Verordnung des Reichskommissars genau niedergelegt. Wenn ich aber hier Ihre spezielle Frage beantworten soll, ueber die Zusammensetzung der Standgerichte, so habe ich jedenfalls von der Erinnerung das zu sagen, dass der Vorsitzende dieser Standgerichte ein Richter war, und zwar ein Richter, der saemtliche Voraussetzungen erfuellte, die ein Richter auch im deutschen Reich zu erfuellen hatte.

F: Also, das ist ja das Wesentliche. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bevor diese Gerichte Polizeigerichte wurden, war ein richterlicher Funktionaer Vorsitzender dieser Standgerichte.

H0374 – 0063

13 Juni - A - EB - 3 - Bamberger

Stimmt es?

A: Ja.

F: Ist Ihnen bekannt, dass Seyss-Inquart sogenannte Kollektiv-Bussen ueber einzelne Staedte und Gemeinden verhaengen liess?

A: Der Reichskommissar hat solche Kollektivbussen tatsaechlich verhaengt. Die groesste, die verhaengt worden ist, war, glaube ich, die einmal ueber Amsterdam gelegentlich des schon erwaehnten Generalstreiks verhaengt worden ist. Sie wurde verhaengt nach einem entsprechenden Verfahren auf Grund der bestehenden Vorschriften, und wurde ausgesprochen durch einen verwaltungsmaessigen Bescheid, und zwar durch die Polizei.

F: Wenn ich Sie also richtig verstehe, sind diese Kollektivbussen - Sie haben das Wort "Generalstreik" gebraucht -, verhaengt worden wenn es sich um Handlungen einer grossen Kommunitaet gehandelt hat, und nicht einzelner Personen?

A: Kollektivbussen wurden dann verhaengt, wenn es sich um Verfehlungen handelte, die einen groesseren Teil der Buergerschaft der betreffenden Gemeinde zur Last fielen.

F: Also ich glaube wir koennen dieses Kapitel abschliessen. Sie haben mir nur gesagt, wielange diese sogenannten Polizei-Standgerichte getagt haben?

A: Die Polizei-Standgerichte tagten solange, als das Polizeistandrecht, oder das Verwaltungsstandrecht dauerte. Das waren 14 Tage. Das war uebrigens das einzige Mal, dass in den Niederlanden vom Reichskommissar eine Kollektivbusse verhaengt worden ist, wenn man darunter nicht auch den Ausnahmezustand, der nach der Invasion erklaert worden ist, rechnen will.

F: Ich komme jetzt zu einem der schwersten Vorwuerfe, die gegen meinen Klienten erhoben worden. Das ist der Vorwurf, dass er unrechtmaessiger und voelkerrechtswidriger Weise Geiseln erschiessen liess, oder an deren Erschiessung beteiligt war. Mit Erlaubnis des Gerichts halte ich Ihnen zwei Aussagen vor, die gestern von der Staatsanwaltschaft meinem Klienten vorgelegt wurden.

H0374 - 0064

Das Eine ist eine Aussage des Generals der Luftwaffe, Christiansen, als Beschuldigter vom 20. Februar 1946, und das Zweite auch ein Beschuldigtenverhoer eines hohen Polizeifunktionaers Dr. Schoengart. Das ist F 886.

Bitte sich das anzuschauen und mir zu sagen, was Sie ueber diese Fragen wissen. Lassen Sie sich Zeit - ich erinnere Sie an Ihren Eid- und beantworten Sie diese Fragen, soweit Sie es mit Ihrem Gewissen vereinbaren koennen.

(Kleine Pause, der Zeuge sieht das Dokument durch)

Haben Sie es gelesen?

A: Nein, noch nicht.

F: Herr Zeuge, ich werde Ihnen helfen. Sind Sie fertig?

A: Nein, ich bin noch nicht fertig; aber bitte.

F: Wissen Sie, dass im August 1942 anlaesslich eines Sabotageanschlages in Rotterdam Geiseln erschossen wurden?

A: Ja.

F: Warum wurden diese Geiseln erschossen? Auf wessen Befehl?

A: In der Rotterdamer Angelegenheit, ich glaube, es ist bekannt, um was es sich dort handelt. Es handelte sich um ein Sprengattentat auf einen Urlauberzug der Wehrmacht. In dieser Angelegenheit hat sich die Wehrmacht an den Reichskommissar gewendet, und zwar deswegen,

VORSITZENDER (unterbrechend): Zeuge, das ist keine Antwort auf die Frage. Die Frage war: Wer hat den Befehl gegeben?

ZEUGE: Den Befehl wozu?

DURCH DR. STEINBAUER: F: Zur Erschiessung der Geiseln.

A: Ja, der Exekutionsbefehl ist, glaube ich wenigstens von der Polizei gegeben worden.

F: Was hat der Reichskommissar damit zu tun gehabt? Sie haben ja gesagt, wie Christiansen ihn in dieser Verbindung beschuldigt?

A: Die Wehrmacht hat sich an den Reichskommissar gewandt, weil es ueblich gewesen ist, dass in wichtigeren Angelegenheiten sich die beiden Stellen, Wehrmachtsbefehlshaber und Reichskommissar, ver-

H0374 - 0065

staendigt haben und miteinander die Dinge besprochen haben. Ich habe in meiner Erinnerung, dass der Wehrmachtsbefehlshaber in einer aeusserst entschiedenen Weise aufgetreten ist und verlangt hat, dass ein Exempel statuiert wird, damit derlei Faelle fuer die Zukunft moeglichst unterbunden werden. Es wurden seitens der Wehrmacht erklaert, dass sie kaum ein anderes Mittel fuer moeglich hielte, als die Erschiessung einer groesseren Anzahl von Geiseln.

Ich entsinne mich heute nicht mehr genau an die Zahl, aber die Zahl, die genannt wurde, war meiner Erinnerung nach um die 50 herum.

Ich entsinne mich auch noch, dass seitens der Wehrmacht erklaert wurde, dass sie von einer solchen Geiselheranziehung nur dann Abstand nehmen koennte, wenn seitens der Polizei versichert wird, dass auf Grund etwa im Besitz der Polizei befindlichen Materials die Aussicht bestuende, dass die Taeter gefunden und der entsprechenden Bestrafung durch das deutsche Gericht, beziehungsweise das Wehrmachtgericht zugefuehrt werden koennen.

Es wurde seitens der Wehrmacht auch darauf hingewiesen, dass in dieser Zeit der Widerstand in den Niederlanden sich staerker zu organisieren begann, und dass sich das in einer Zunahme von Sabotageakten und anderen besatzungsfeindlichen Aktionen aeusserte. Ich entsinne mich auch noch, dass darauf hingewiesen wurde, dass, wenn die Wehrmacht und die Polizei in einer groesseren Staerke vorhanden gewesen waere, als das tatsaechlich der Fall war, man von einer scharfen Massnahme vielleicht Abstand nehmen koennte. Die Kraefte, die damals in den Niederlanden zur Verfuegung standen, waren aber minimal, und bei einem Zunehmen bestehender Widerstandsbewegungen haette die Stellung der Wehrmacht in den Niederlanden ernstlich gefaehrdet werden koennen.

F: Herr Zeuge, ich werde Ihnen einige Fragen stellen, damit wir weiterkommen.

Sie haben erklaert, der Wehrmachtsbefehlshaber ist gekommen und hat die Mitteilung gemacht, dass er mit Ruecksicht auf dieses Sprengattentat Geiseln erschiessen muesse.

H0374 - 0066

A: Ja.

F: Ist Ihnen bekannt, dass ein Reichserlass da war, dass Saboteure in den besetzten Westlaendern nicht durch Gerichte zu verurteilen sind, sondern der Polizei auszufolgen sind? Koennen Sie sich daran erinnern?

A: Ich glaube nicht, dass das zu diesem Zeitpunkt schon der Fall war, insbesondere dann nicht, wenn Sie sich auf den sogenannten "Nacht und Nebelerlass" beziehen, der meiner Erinnerung nach spaeteren Datums ist. Ich entsinne mich ganz bestimmt, dass auf einen Befehl damals hingewiesen worden ist, aber ich glaube, dieser Befehl war ein solcher, der ausschliesslich durch den militaerischen Sektor damals gelaufen ist. Mir ist also dieser Befehl dem Wortlaut nach nicht bekannt.

F: Ist Ihnen bekannt, dass der Reichskommissar seinen Einfluss geltend gemacht hat, dass anstelle der erwaehnten 50 in Wirklichkeit waren es nur 25 Geiseln - diese auf 5 herabgesetzt werden?

A: Das ist mir bekannt.

F: Und dass es ihm auch gelungen ist, diese durchzusetzen?

A: Das ist ihm auch gelungen.

F: Und dass er damals durchgesetzt hat, dass Familienvaeter nicht herangezogen wurden?

A: Ja.

F: Damit waere der erste Fall abgeschlossen. Sie haben aber auch noch einen zweiten Fall vorgelegt bekommen, den Fall eines Attentatversuchs auf den Hoeheren SS- und Polizeifuehrer Rauter, wo tatsaechlich ueber 150 (?) Personen als Geiseln erschossen wurden. Haben Sie sich das schon durchgelesen?

A: Zum Teil.

F: Bitte dann lesen Sie es ganz.

VORSITZENDER: Dr. Steinbauer, warum muss der Zeuge das ganze Dokument lesen; Sie koennen ihm die Tatsachen vorhalten.

DR. STEINBAUER: Jawohl.

DURCH DR. STEINBAUER: F: Herr Zeuge, es wurde damals verlangt, dass fuer den Anschlag auf den Polizei -und SS-Fuehrer als Repression

H0374 - 0067

Geiseln erschossen worden?

A: Ja.

F: Wer hat das angeordnet und durchgefuehrt?

A: Ich kenne den Fall daher, das heisst, ich kenne den Fall aus der Mitteilung des Brigadefuehrer Schoengart; er war damals Chef der Sicherheitspolizei und hat sich an mich gewandt, was eigentlich sein Titel sei, nachdem Reuter dienstunfaehig war, und er muesse eine Bekanntmachung unterschreiben, und bei dieser Gelegenheit auch seinen Titel hinzufuegen. - Bei dieser Gelegenheit hat er mir diese Geschichte erzaehlt, und hat mir auch erzaehlt, dass er mit Berlin Fuehlung genommen habe, was nach dortiger Auffassung als Repressionsmassnahme auf das Attentat auf Reuter hin zu geschehen habe. Von dort wurde die Erschiessung einer groesseren Anzahl von Geiseln gewuenscht. Er hat mir eine Zahl genannt, die etwa um 500, jedenfalls nicht unter 500, aber ueber 500, gelegen war. Er hat mir weiterhin erzaehlt, dass er beim Reichskommissar gewesen ist und ihm diesen Wunsch seitens Berlin mitgeteilt hat.

F: Wollen Sie sich bitte etwas genauer ausdruecken; Berlin ist gross und hat verschiedene Reichsstellen.

A: Das war der Reichsfuehrer SS; denn es ist ja klar, wenn es sich um einen der hoechsten Funktionaere handelt, dass da der Reichsfuehrer selbst und nicht mehr nur seine Dienststellen eingeschaltet worden. Er hat mir weiterhin erzaehlt, dass er das dem Reichskommissar vorgetragen habe und dass der Reichskommissar ihn gebeten habe, dem Reichsfuehrer SS mitzuteilen, dass er ihn, den Reichsfuehrer SS Himmler, bitte und ihm den Rat erteile, von einer so hohen Zahl von Erschiessungen Abstand zu nehmen. Auf das hin, alles ging natuerlich nur telefonisch, hat sich der Reichsfuehrer bereiterklaert, die Zahl herabzusetzen und ich glaube, auf Grund verschiedener und mehrerer Telefongespraeche hin und her ist zum Schluss irgend eine Zahl von 200 oder 150, ich weiss es heute nicht mehr genau, zustande gekommen. Ich bin ueberzeugt, dass, wenn seitens des Reichskommissars ueber Schoengart dieser Rat und diese Bitte und Vorstellungen nicht erteilt und nicht gestellt worden waeren, dass die urspruenglich von

H0374 - 0068

Berlin gewuenschte Zahl das Leben verloren haette, sodass man in diesem Falle mit Fug und Recht sagen kann, dass der Reichskommissar das Leben von Hunderten Hollaendern gerettet hat.

F: Waren die Leute, die tatsaechlich erschossen wurden, aufs Geradewohl in der Strasse festgenommen worden, oder waren das Leute, die vorher schon verurteilt waren?

A: Ich kann natuerlich auch hier in diesem Punkte nur das wieder geben, was mir damals der Brigadefuehrer Schoengart mitgeteilt hat; ich habe allerdings keinen Grund anzunehmen, dass er mir damals irgend eine Unwahrheit gesagt hat. Er teilte mir mit, dass nur solche Personen in Betracht gezogen worden, die schon verurteilt sind, sodass es sich lediglich um eine Vorverlegung der Vollstreckung des Urteils handelt, und, falls die Zahl nicht ausreiche, dann noch andere dazu genommen werden koennen, die aber damals schon in Haft waren und mit Sicherheit zum Tode verurteilt worden wuerden.

F: Ich glaube damit das Kapitel abschliessen zu koennen, indem ich Sie noch frage: Was ist denn mit diesen Geiseln geschehen, die als Repressalie wegen Hollaendisch-Ost-Indien als Geiseln nach Buchenwald gekommen sind?

A: Diese Geiseln sind nach einiger Zeit, ich entsinne mich nicht mehr der genauen Zeit, als Klagen ueber deren Behandlung einliefen, in die Niederlande zurueckgeholt und hier zu einem sehr grossen Teil entlassen worden; soweit ich mich erinnere, nicht en bloc und auf einmal, sondern nach und nach.

F: Es ist eine kleine Ortschaft, Putten, wegen eines schweren Sabotageangriffes zerstoert worden; hat dies der Reichskommissar oder jemand anderes veranlasst?

A: Da es, ebenso, wie die Rotterdamer-Angelegenheit eine Angelegenheit der Wehrmacht gewesen ist, wo der Anschlag gegen die Wehrmacht gerichtet war, hat diese Sache die Wehrmacht behandelt. Der Befehl ist vom Wehrmachtsbefehlshaber gegeben worden und, wenn ich mich recht entsinne, ist der Reichskommissar, genau wie ich, in Kenntnis ueber diese ganze Angelegenheit erst nach dem Vollzuge

H0374 – 0069

gelangt.

F: Dann werde ich jetzt zu einem anderen Kapitel kommen, und zwar zu dem Kapitelueber die sogenannten Staatsfeinde. Gestern wurde erwaehnt, dass das Vermoegen der Fraumaurer und Bibelforscher beschlagnahmt wurde. Da moechte ich Sie nun fragen, damit kein Irrtum besteht, ist daher nur das Vermoegen der Organisationen, oder sogar das Vermoegen der einzelnen Freimaurer, also nehmen wir bei den Freimaurern an, nicht nur das Vermoegen der Logen, sondern auch das Vermoegen der Mitglieder beschlagnahmt worden?

A: In diesen Faellen ist ausschliesslich nur das Vermoegen der Organisationen beschlagnahmt worden, niemals das der Einzelpersonen. Wenn

H0374 - 0070

irgendwelche Uebergriffe auf Vermoegen von Einzelpersonen vorgekommen sein sollten, dann sind das Missbraeuche einzelner Personen gewesen; aber ich entsinne mich nicht solcher Missbraeuche.

F: Die hollaendischen Juden wurden auch als Staatsfeinde betrachtet. Wer war fuer die Behandlung der juedischen Frage in den Niederlanden kompetent?

A: Den Anspruch auf die Behandlung der Juden, auf die Kompetenz zur Behandlung der Juden, hat von Anfang an grundsaetzlich die Polizei gestellt.

F: Nun haben wir eine ganze Liste von Verordnungen, die den Namen Seyss-Inquart tragen, und die Eingriffe in die Rechte der Juden bedeuten. Koennen Sie sich erinnern, wann die Gesetzgebung gegen die Juden eingesetzt hat, und in welcher Form?

A: Die Entwicklung war in kurzen Worten etwa folgende:
Seyss-Inquart ist dem Gedanken, die Judenfrage in den Niederlanden ueberhaupt aufzugreifen, ablehnend gegenuebergestanden, und es wurde in einer der ersten Dienstbesprechungen beim Reichskommissar angeordnet, dass diese Frage nicht zu behandeln ist. Nach einer gewissen Zeit, es moegen einige Monate gewesen sein, hat der Reichskommissar mitgeteilt, dass er von Berlin aus den Auftrag bekommen hat, die Judenfrage anzugehen und zwar deswegen, weil bei verschiedenen, damals allerdings im wesentlichen nur als Conspirationen zu bezeichnende Bewegungen und Handlungen in den Niederlanden, Juden in einer verhaeltnismaessig grossen Zahl beteiligt gewesen sind. Ausserdem ist bei einer laengeren Dauer des Krieges damit zu rechnen, dass die Juden, die naturgemaess auf Grund der ganzen Behandlung, die sie frueher erfahren haben, keine Freunde der Deutschen sind und auch nicht sein konnten, dass also diese bei einer laengeren Dauer des Krieges gefaehrlich werden koennten, und dass man sie daher als Feinde, wenn auch nicht in formellen Sinne des Wortes, aber doch faktisch als Feinde zu betrachten habe. Der Reichskommissar ist an die Durchfuehrung dieser Weisung sehr zoegernd herangegangen, wenngleich er auch in der Dienstbesprechung natuerlich darauf hinwies, dass er sich dem nicht entziehen kann, denn diese Verantwortung koenne er nicht tragen. Soweit ich mich entsinne, ist das im Verordnungsblatt des Reichskommissars ohne weiteres feststellbar. Es wurde zunaechst mal daran gegangen, das Vermoegen der Juden festzustellen, dann zu verhindern, dass deutsche Dienstmaedchen in juedischen Haushalten sind, - das hat vor allem die Polizei verlangt - weil natuerlich alle moeglichen Nachrichten da - und

H0374 - 0071

dorthin getragen werden konnten, und als dann in Berlin die Frage schaerfer angeschnitten wurde, hat sich der Reichskommissar auch entschlossen, eine Registrierung der Juden anzuordnen und zu regeln. Man hat da besonders darauf hingewiesen, dass man zumindest wissen muesse, wo sich die Juden befinden, da nur so eine entsprechende Sicherheit, polizeiliche Kontrolle und Ueberwachungsmoeglichkeit gegeben sei. Es waren das an sich Massnahmen, die hinter dem, was damals bereits im Reich durchgefuehrt war, erheblich zurueckgestanden sind. Es wurde dann weiter gedraengt, ich weiss nicht, ob das damals schon Heydrich getan hat, ob er damals schon in den Niederlanden anwesend war, - ich habe ihn nie gesehen - ich weiss nur, dass er zweimal den Reichskommissar in den Niederlanden aufgesucht hat, jedenfalls ist im Jahre 1941, besonders aber im Jahre 1942 auf eine umfassende Behandlung dieser Frage gedraengt worden. Der Reichskommissar hat zunaechst noch geglaubt, dass er diesen Forderungen dadurch sich entziehen koenne, dass er die Juden in den Niederlanden an einem Orte zusammendraengt, wo sie leichter zu ueberwachen waren, und es ist daher der Gedanke aufgetaucht, dass man in Amsterdam 1, 2, oder 3 Stadtteile dazu verwenden wird, um die Juden dort unterzubringen, was allerdings mit der Notwendigkeit verbunde war, einen Teil, oder eine Zahl von nicht-juedischen Niederlaendern umzuquartieren, da eine vollkommen getrennte Unterbringungsmoeglichkeit der Juden damals noch nicht vorhanden war.

VORSITZENDER: Dr. Steinbauer, die Aussagen des Zeugen wurden schon von dem Angeklagten selbst gemacht; was ist der Unterschied?

DR. STEINBAUER: Ja.

VORSITZENDER: Was soll das nun bedeuten?

DR. STEINBAUER: Herr Praesident, ich moechte nur das eine sagen, dass das eine so wichtige Frage ist, dass ich es gerne von dem Zeugen bestaetigt haette.

ZEUGE: Ich habe nichts mehr zu sagen.

DR. STEINBAUER:

F: Ich werde das jetzt zusammenfassen. Ist es richtig, dass die Juden in ein Ghetto in Amsterdam gebracht wurden?

A: Ja.

F: Ist es richtig, dass Heydrich die Evakuierung der Juden verlangte?

A: Ja.

F: Ist es richtig, dass der Reichskommissar sich bemuehte zu verhindern,

H0374 - 0072

soweit es unter den gegebenen Verhaeltnissen moeglich war, die Evakuierung der Juden in einer menschlichen Art durchzufuehren?

A: Ja.

F: Damit glaube ich auch dieses Kapitel erledigt zu haben.
Es sind auch Konzentrationslager in den Niederlanden gewesen. Ist Ihnen bekannt dass Seyss-Inquart diese Lager sogar durch richterliche Kommissionen inspizieren liess und Uebelstaende darin abstellte?

A: Ja, nicht nur in den Konzentrationslagern, sondern in derartigen Lagern ueberhaupt.

F: Ende 1944/45 gab es eine gross angelegte Aktion, die gesamten wehrfaehigen Maenner der Bevoelkerung Hollands anzuwerben. War das eine Aktion des Reichskommissars, oder einer anderen Stelle?

A: Sie war eine Aktion des Reiches und zwar primaer und in erster Linie eine Aktion der Wehrmacht.

F: Warum ist diese Aktion erfolgt?

A: Sie ist erfolgt, weil es Einwendungen gab. Damals war die Situation sehr kritisch, einmal, weil ein grosser Teil der ehemaligen Kriegsgefangenen, die auf Fuehrerbefehl im Jahre 1944 entlassen worden sind, spaeter aber wieder zurueckgerufen und in die Niederlanden zurueckgebracht wurden, nicht in Holland verblieben; zweitens hat in dieser Zeit die Widerstandsbewegung sehr stark zugenommen, und so wurde erklaert, vom militaerischen Standpunkt aus koenne es nicht verantwortet werden, die Waffenfaehigen in den Niederlanden zu lassen.

F: Hat der Reichskommissar, um diese Aktion zu mildern, sogenannte "Freistellungsscheine" ausgegeben?

A: Jawohl.

F: Ist nicht auch ein Teil im Wege des Arbeitseinsatzes dieser Aktion entzogen worden?

A: Meines Wissens ja, aber ich habe darueber keine detaillierte Kenntnis.

F: Ist Ihnen bekannt, was mit den nach der Schlacht von Arnheim beschlagnahmten Diamanten geschehen ist.?

A: Diese Diamanten wurden von einer deutschen Dienststelle, ich glaube von der Wirtschaftspruefungsstelle, in Arnheim unter Artilleriefeuer geborgen, sie wurden dann nach einiger Zeit nach Berlin gebracht, von wo sie wieder, wie ich in den Niederlanden allerdings nach der Kapitulation erfahren habe, nach Amster

H0374 - 0073

zurueckgebracht worden sind.

F: Wie wa r denn die Finanzwirtschaft in der Verwaltung. Wurde mit Steuergeldern gespart, oder hat man da eine sehr lasche Handhabe gezeigt?

A: Ich bin in diesen Sachen nicht zustaendig, darueber koennte der Generalkommissar fuer Finanz- und Wirtschaft mehr aussagen, und mit viel groesserer Zustaendigkeit als ich. Soweit ich aber einen Eindruck davon habe, darf ich sagen - -

VORSITZENDER: Wenn er nicht zustaendig ist, darueber zu sprechen, warum lassen Sie ihn denn ueberhaupt reden?

DR. STEINBAUER: Herr Praesident, der Zeuge Fischboeck ist nicht feststellbar, aber als Vertreter des Reichskommissars sollte dieser Zeuge etwas darueber wissen. Ich werde ihn Einzelheiten fragen.

F: Hat der Reichskommissar in seinem Budget grosse Summen gespart und diese in einem besonderen Fond deponiert?

A: Ja.

F: Wissen Sie etwas ueber die Devisensperre, da wissen Sie scheinbar nichts

A: Nein.

F: Wie erfolgte die Anforderung von Rohstoffen, Fabrikaten und Nahrungsmitteln im zivilen Sektor in der Verwaltung?

A: Das ist durch Verordnung im Verordnungsblatt des Reichskommissars geregelt, und grundsaetzlich war es so, dass die Anförderungen an den Reichskommissar kamen und der Reichskommissar hat sie weitergegeben an die hollaendischen zustaendigen Dienststellen. Diese fuehrten dann jene Requirierungen durc

F: Also es waren nicht deutsche Dienststellen, sondern niederlaendische Dienststellen, die diese Beschlagnahmungen vornahmen?

A: Ja, die haben auch durch eine Verordnung die notwendigen Befugnisse dazu gehabt.

F: Hat der Reichskommissar oder seine Dienststellen, oder irgend eine seiner Dienststellen, irgend etwas aus grossen Museen herausgenommen?

A: Das habe ich nicht ganz verstanden, von wo weggenommen?

F: Aus den oeffentlichen Museen.

A: Nein, das entsinne ich mich keinesfalls. Ich haette davon wissen muesser weil mir das Musealwesen unterstand.

F: Ja, deswegen frage ich Sie ja. Gab es irgendwelche Archive, die weggeschafft wurden?

H0374 – 0074

A: Im allgemeinen nicht, im grossen und ganzen nicht. Aber es gab einen Austausch, der bereits vor dem Kriege besprochen war, es war ein Austausch zwischen hollaendischen und deutschen Archiven, nach dem sogenannten Prinzip der Provenienz.

F: Ist es moeglich gewesen, dass jedermann beschlagnahmt hat, was er wollte, oder ist das irgendwie geordnet gewesen?

A: Nein, das ist geregelt gewesen und die betreffenden Regelungen sind durch einen besonders scharfen Erlass des Reichskommissars in den letzten Jahren neuerdings wiederholt worden. Diejenigen, die die betreffenden Vorschriften ueberschritten haben, oder ueberschreiten wollten, sind auf das Ernsteste verwarnt worden. Es gab nur 2 Stellen, die etwas konfiszieren konnten, die Polizei und die Wehrmacht.

F: Ich komme nochmals kurz, um damit zu schliessen, auf die Wehrmachtsaktionen zurueck. Ist die dann bei Frostbeginn eingestellt worden, naemlich mit "Wehrmachtsaktion" meine ich die Herbeischaffung der wehrfaehigen Bevoelkerung?

A: Jawohl, damit hat man aufgehoert auf Grund eines Einwandes von mir bei dem Generaloberst Student, der damals der Chef der Heeresgruppe war, in deren Bereich dann die Niederlanden gehoert haben.

F: Dann noch eine letzte Frage: Ist Ihnen erinnerlich die Juedische Bibliothek Library Rosentaliana?

A: Ja.

F: Was geschah damit?

A: Meines Wissens ist die in den Niederlanden geblieben.

F: Sollte diese nicht weggenommen werden?

A: Ja, es gab solche Versuche, aber da diese Bibliothek oeffentliches Eigentum, Eigentum der Stadt Amsterdam war, erliess der Reichskommissar auf meinen Vorschlag hin einen Erlass, dass diese Bibliothek in den Niederlanden zu verbleiben hat.

DR. STEINBAUER: Herr Praesident, ich bin damit mit der Befragung dieses Zeugen fertig.

VORSITZENDER: Wuenscht ein anderer Verteidiger Fragen an diesen Zeugen zu richten, wuenscht ein Anklagevertreter das Kreuzverhoer zu beginnen?

KREUZVERHOER DURCH M. DEBENEST:

F: Zeuge, Sie wurden dazu bestimmt, die Funktionen eines Kommissars in Holland

H0374-0075

auszuueben, und zwar wurden Sie durch Seyss-Inquart selbst ausgewaehlt; nicht wahr?

A: Ja.

F: Sie kannten Seyss-Inquart seit mehreren Jahren schon, nicht wahr?

A: Jawohl.

F: Waren Sie nicht einer seiner Mitarbeiter seit 1938 schon?

A: Ja.

F: Stimmt es, dass waehrend der Besetzung der Niederlande eine grosse Anzahl Mitglieder des NSB. und verschiedene pro-deutsche Elemente nicht nur an fuehrende Stellen eingesetzt wurden, sondern dass sie auch an untergeordneten Stellen der hollaendischen Polizei eingesetzt wurden und dass diese Leute dazu bestimmt waren, Befehle auszufuehren, Befehle, die von den Besatzungsbehoerden ausgingen, wie zum Beispiel Verhaftung von Juden, Verhaftung von Mitgliedern der Widerstandsbewegung und Verhaftung von Geiseln?

A: Dass Mitglieder der NSB und deutschfreundlicher Gruppen in hoeheren und in niedrigeren Funktionen durch den Reichskommissar eingesetzt worden sind, kann ich bestaetigen. Der verhaeltnismaessige Anteil an der Gesamtheit der niederlaendischen Beamtenschaft und Angestelltenschaft des oeffentlichen Sektors war glaube ich, aber selbst am Ende der Besatzungszeit im Verhaeltnis zur Beteiligung der niederlaendischen Bevoelkerung nicht gross.

F: Ich spreche doch von der Polizei, nicht wahr?
Es war von der Polizei die Rede nicht wahr? Achten Sie bitte diesbezueglich auf diesen Punkt.

A: Meinen Sie nur die Polizei?

F: Ja, ich sagte die Polizei.

A: Ja, das ist mir bekannt, Ich glaube nicht, dass derartige Mitglieder deutschfreundlicher Gruppen speziell Auftraege bekommen haben, sondern ich glaube, dass sie die Auftraege genau so bekommen haben wie die anderen gleichgelagerten Beamten auch. Ich kann aber darueber Details nicht sagen, da ich ja mit der Polizei sehr wenig zu tun gehabt habe.

F: Das genuegt mir. Wenn Beamte der hollaendischen Polizei sich weigerten, Befehle, die ihnen von den Besatzungsbehoerden gegeben waren durchzufuehren, und wenn sie dann ihr Amt verliessen, haben dann die deutschen Behoerden nicht die Mitglieder ihrer Familien als Geiseln verhaftet, wie z.B. ihre Frauen oder Kinder?

A: Daran entsinne ich mich nicht.

H0374 – 0076

F: In keinem Falle ?

A: Bitte ?

F: In keinem Falle erinnern Sie sich daran ?

A: Dass die Angehoerigen von Polizeibeamten festgenommen worden sind, die Familienangehoerigen ?

F: Jawohl, die Familienangehoerigen derjenigen, die die Befehle der deutschen Polizei nicht durchfuehren wollten ?

A: Entsinne ich mich nicht.

F: Nun, vielleicht werden Sie sich daran erinnern, dass Familienmitglieder hollaendischer Staatsangehoeriger, welche sich der Widerstandsbewegung, auf diese oder jene Art angeschlossen hatten, als Geiseln verhaftet wurden ?

A: Davon habe ich gehoert.

F: Es wurden also in solchen Faellen Geiseln verhaftet. Man hat also Geiseln verhaftet oder Geiseln festgenommen ?

A: Sie nennen das "Geiseln". Meinen Sie auch solche Faelle ? Verbinden Sie mit diesem Ausdruck auchsolche Faelle, wo die betroffenen Personen nicht damit zu rechnen hatten, dass sie dabei das Leben verlieren, dass es ihnen den Kopf kostet?

F: Bis jetzt stelle ich Ihnen die Fragen und Sie antworten, nicht wahr ?

A: Ja, bitte.

F: Haben Sie zum Beispiel keine Proteste erhalten von Direktorat der Amsterdamer Universitaet und zwar Proteste gegen die Tatsache, dass die Frauen und die Kinder eines Professors der Universitaet als Geiseln verhaftet worden waren ?

A: Ich entsinne mich daran nicht, es ist aber moeglich, dass eine derartige Beschwerde an die zu meinem Generalkommissariat gehoerige Hauptabteilung "Erziehung" eingelaufen ist.

F: Jedenfalls bestreiten Sie diese Tatsache nicht ?

A: Ich kann sie nicht hundertprozentig bestreiten, ich weiss aber davon nichts.

F: Nun eine andere Frage. Infolge der Loyalitaetserklaerung, die den Studenten an den Hochschulen auferlegt wurde, wurden nicht diejenigen, die diese Loyalitaetserklaerung nicht abgeben wollten, dazu gezwungen, sich sofort zu stellen um beim Arbeitsdienst eingesetzt zu werden und wurden sie nicht nach Deutschland transportiert bevor noch ihr Jahrgang einberufen wurde ?

H0374 - 0077

A: Jawohl, doch nicht beim Arbeitsdienst. Sie meinen den Arbeitseinsatz ?

F: Ja, ja, wie dem auch sei, wurden sie dieser Tatsache wegen nach Deutschland deportiert ?

A: Jawohl und zwar auf Grund einer Anordnung des Hoeheren SS- und Polizeifuehrers.

F: Stimmt es nicht, dass tiefgehende und zahlreiche Reformen und Abaenderungen vom Reichskommissar eingefuehrt wurden auf allen Gebieten der Taetigkeit des niederlaendischen Volkes und dass diese Abaenderungen oder Reformen im Gegensatz zur Verfassung standen ?

A: Das kann man nicht behaupten.

F: Aber jedenfalls wurden doch solche Abaenderungen vorgenommen ?

A: Ja, die kriegsbedingt gewesen sind und durch die Tatsache der Besetzung bedingt gewesen sind. Es kommt noch ein drittes Moment dazu, das bedingt gewesen ist durch die Abwesenheit von Staatsoberhaupt und Regierung.

VORSITZENDER: Herr Debenest, Sie werden besser tun, bestimmte Punkte ueber das, was Sie zu hoeren wuenschen vorzulegen, statt allgemeine Fragen zu stellen, die ihm ermoeglichen, die Sache in die Weite zu ziehen.

M.DEBENEST: Gewiss, Herr Praesident.

DURCH DEBENEST:

F: Genoss die Zivilverwaltung in den Niederlanden eine gewisse Freiheit ?

A: Jawohl und zwar eine ziemlich grosse.

F: Nun, ich werde Ihnen eine Stelle des Berichtes des Angeklagten Seyss-Inquart vorlegen. Es ist dies ein Bericht, der am 13.Juli 1940 abgefasst wurde. Sie werden mir dann sagen, ob Sie die Antwort, die Sie eben gegeben haben, aufrechterhalten.

Ich lese Ihnen vor, was Seyss-Inquart schreibt:

"Die zivile Verwaltung - und es handelt sich dabei um die Verwaltung der Niederlande - befindet sich zur Zeit hinreichend und fortschrittlich unter der Leitung und Kontrolle der deutschen Behoerden".

Entspricht die von Ihnen soeben abgegebene Antwort dem, was Seyss-Inquart damals schrieb ?

A: Wenn in der Antwort von Seyss-Inquart die Rede davon ist, dass die Leitung in deutschen Haenden war, so kann ich das nur so verstehen, dass die Aufsicht in Haenden der deutschen Behoerden gewesen ist, denn das ist natuerlich

H0374-0078

selbstverstaendlich, dass die deutsche Besatzungsverwaltung sich eine Kontrolle und eine Aufsicht auch ueber die gesamte niederlaendische Rechtssatzung gesichert hat als auch ueber alle wichtigen Verwaltungs- und Regierungsakte und es konnten, wenn es in Ordnung ging, wichtige Erlasse, wichtige Verordnungen usw. nicht ergehen ohne Zustimmung der Besatzungsmacht.

F: Das genuegt mir. Das Gericht wird Ihre Antwort zu schaetzen wissen, auch das Dokument.

Wollen Sie mir erklaeren, warum in den Niederlanden eine Zivilregierung eingesetzt wurde, obwohl doch in anderen Laendern z.B. in Belgien eine solche Regierung nicht eingesetzt wurde ?

A: Ich weiss den wahren Grund nicht, aber soviel ich gehoert habe und selber erschliessen konnte, war der Hauptgrund der, dass Deutschland auf die Gewinnung eines guten Verhaeltnisses zu den Niederlanden grossen Wert gelegt habe und da hat wohl die Fuehrung des Reiches gemeint, dass das durch Menschen der zivilen Verwaltung leichter moeglich ist, als durch die Wehrmacht.

F: Aber verfolgte man nicht gerade dadurch ein politisches Ziel, welches darin bestand, dieses Land in die Hand der Nationalsozialisten zu geben, um gewissermassen einen germanischen Bundesstaat daraus zu machen ?

A: Soweit ich jemals mit dem Reichskommissar ueber solche Dinge gesprochen habe, hat der Reichskommissar den Standpunkt vertreten, dass das niederlaendische Volk eine selbstaendige und eigene Volkspersoenlichkeit ist und daher auch staatlich unabhaengig und souveraen bleiben muss. Dass in der Zeit der Besetzung der Reichskommissar und die deutsche Verwaltung mit denjenigen Parteien und Gruppen, die deutschfreundlich gewesen sind, enge Fuehlung gehalten hat, das ist wohl selbstverstaendlich und ich brauche es nicht zu begruenden. Dass aber die Niederlande, noch dazu in einer Zeit der Besatzung, nicht ausgerechnet die politische Weltanschauung des besetzenden Landes uebernehmen werden, darueber ist sich der Reichskommissar wie jeder, der dieVerhaeltnisse einigermassen vernuenftig zu beurteilen vermochte, klar gewesen.

F: Sodann sagten Sie eben, wenn ich Sie recht verstanden habe, dass der Reichskommissar nicht die hollaendischen Generalsekretaere dazu zwingen wollte, Beschluesse zu fassen, die vielleicht ihrem Gewissen entgegengesetzt gewesen waeren, und wenn sie darueber beunruhigt waeren, koennten sie bei ihm um ihre Demission einreichen, das haben Sie doch wohl gesagt ?

H0374 - 0079

A: Jawohl.

F: Hat er Generalsekretaere abgesetzt, die ihre Demission nicht eingereicht hatten ?

A: Ein einziger Ausnahmefall ist derjenige des Generalsekretaers Spitzen. Das ist der Generalsekretaer des Wasserstrassenministeriums gewesen, der den Auftrag des Reichskommissars nicht befolgt und trotzdem nicht um seinen Abschied eingereicht hat.

F: Um welchen Generalsekretaer handelt es sich ? Von welcher Abteilung war er?

A: Das ist das Wasserstrassenministerium, das war das Ministerium, das fuer die Wasserstrassen, fuer die Verkehrsstrassen, Binnenwasser usw. Binnenwasserstrassen zustaendig gewesen ist.

F: Und dies ist der einzige Fall gewesen, von dem Sie Kenntnis haben ?

A: Das ist der einzige Fall, von dem ich Kenntnis habe.

F: Wann war das, in welchem Jahr ?

A: Das war, glaube ich, - einen Moment - das war jedenfalls im Jahre 1944 und zwar, glaube ich, im Sommer.

F: Erinnern Sie sich nicht, dass der Generalsekretaer fuer die Landesverteidigung Mr. Ringelin abgesetzt wurde ?

A: Die Absetzung des Generalsekretaers fuer die Landesverteidigung ist keine Angelegenheit des Reichskommissars gewesen, sondern ist in die Kompetenz des Wehrmachtsbefehlshabers gefallen, da alle militaerischen Angelegenheiten auf Grund des Fuehrererlasses in die Zustaendigkeit des Wehrmachtsbefehlshabers gefallen sind.

F: Warum wurde er entlassen ?

A: Das ist mir unbekannt.

F: Ich werde Ihr Gedaechtnis etwas auffrischen und zwar durch den Bericht Seyss-Inquart's und wir werden dann sehen, ob dies nicht im Einvernehmen mit den Chef der Wehrmacht geschah. Dies schrieb der Angeklagte:

"Einer der Generalsekretaere versuchte - - -

VORSITZENDER: (unterbrechend) Herr Debenest, der Zeuge weiss anscheinend nichts darueber.

M.DEBENEST: Er sagt, er kennt die Gruende nicht, Herr Praesident, aber er fuegt hinzu oder jedenfalls hat er es vorher gesagt, dass es im Einverstaendnis mit der Wehrmacht geschah.

H0374 - 0080

VORSITZENDER: Es ist eine Sache, die unter die Zustaendigkeit des Militaersbefehlshabers fallen wuerde und er hat keine Kenntnis davon. Das ist das, was er sagte.

ZEUGE: Die gesamten Angelegenheiten des Landesverteidigungsministeriums sind in die Zustaendigkeit des Wehrmachtsbefehlshabers gefallen, denn es ist ja ganz klar, alles was militaerisch in den Niederlanden geschah oder geleitet wurde, wurde von diesem Ministerium geleitet und es ist klar, dass fuer diesen Bereich der dortige Befehlshaber, der deutsche militaerische Vertreter des Reiches zustaendig gewesen ist.

VORSITZENDER: Wenn Sie ein Dokument haben, welches beweist, dass die Entlassung dieses Mannes durch Seyss-Inquart herbeigefuehrt wurde, koennen Sie es ihm wohl vorhalten.

M.DEBENEST: Ich wollte lediglich zeigen, dass die von ihm gegebene Antwort nicht stimmt und ich wollte vier Zeilen des Dokumentes vorlesen.

VORSITZENDER: Wie ich sagte, wenn Sie ein Dokument haben, welches die Entlassung dieses Mannes Seyss-Inquart zuzuschreiben ist, dann koennen Sie es ihm vorhalten?

M.DEBENEST: Das wollte ich tun, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Dann bitte machen Sie es, bitte. legen Sie es ihm vor.

M.DEBENEST: Das Original in deutscher Sprache habe ich nicht hier. Ich habe es gestern dem Generalsekretaer des Gerichtes vorgelegt.

VORSITZENDER: Dann bitte lesen Sie es ihm vor.

M.DEBENEST: Ja, Herr Praesident, das wollte ich tun.

DURCH M.DEBENEST:

F: Das ist, was Seyss-Inquart schreibt:
"Einer der Generalsekretaere versuchte an Winkelmanns Autoritaet zu appellieren" Winkelmann war der Militaerbefehlshaber -- "betreffs der Frage ueber die Fortsetzung der Arbeit der Ruestungsindustrie fuer die Wehrmacht".

A: Ich habe nicht verstanden, noch einmal bitte, die letzten zwei Saetze.

FORTSETZUNG DES KREUZVERHOERS DURCH MR.DEBENEST:

MR.DEBENEST:

F: "Im Zusammenhang mit der Frage der Fortsetzung der Arbeit in der Ruestungsindustrie fuer die Wehrmacht, wurde dieser Beamte sofort abgesetzt oder entlassen".

H0374 – 0081

A: Da steht aber nicht drin, dass der Reichskommissar diesen Beamten abgesetzt hat.

F: Gewiss steht nicht da, dass es der Reichskommissar war, aber es geht nichtsdestoweniger daraus hervor, dass der Reichskommissar in diesem Bericht angibt, dass, wenn ein Beamter, wer er auch sei, den Befehlen, die ihm gegeben werden, nicht gehorcht, er von seiner Stelle abgesetzt wird und als Beispiel zitiert er diesen Fall.

A: Es handelt sich hier aber um einen militaerischen Sektor. Das, was ich vorher gesagt habe, gilt ausschliesslich fuer den zivilen Sektor. Dass der Reichskommissar auch ueber andere Sachen in dem Bericht an Hitler gesprochen hat, ist leicht moeglich, denn er hatte ja die Interessen des Reiches zu betreuen. Er hat also auch ueber andere Sachen seinen Vorgesetzten berichtet, als die, die unter seine Zustaendigkeit fielen.

Ich weiss auch nicht, ob mit diesen Beamten oder diesen Arbeitern zum Beispiel der Generalsekretaer gemeint ist, der Generalsekretaer fuer die Landesverteidigung.

F: Gut. Gehen wir darueber hinweg.
Haben Sie nicht vom Generalsekretaer fuer Unterrichtswesen gefordert, dass er die Professoren und das Laboratorium in Leyden zur Verfuegung der deutschen Behoerden stelle zum Zwecke der Atomforschung ?

A: Nur in den Niederlanden, aber nicht in Deutschland.

F: Aber wenn es nicht fuer Deutschland geschah, dann hatte doch der Generalsekretaer fuer das Unterrichtswesen die Moeglichkeit gehabt, selbst einen Entschluss zu fassen und es waere fuer Sie nicht noetig gewesen, einzugreifen.

A: Das war eine deutsche Massnahme, die vom Reich gefordert worden ist und die nun so durchgefuehrt wurde, dass das ganze Material, Maschinen und dergleichen, ja in den Niederlanden verblieben und deutsche Forscher die Gelegenheit haben sollten, ihre Forschungen zu betreiben. Dass es sich um die Atomforschung gehandelt hat, das glaube ich nicht.

Wer behauptet das ?

F: Es handelt sich nur um eine Auslegung. Ich danke Ihnen. Sie behaupten, dass wichtige private und oeffentliche Bibliotheken nicht beschlagnahmt und in das Reich gebracht wurden, das sagten Sie doch eben ?

A: Jetzt eben ? Jetzt war doch von Bibliotheken gar nicht die Rede.

H0374 – 0082

F: Vorher, als der Verteidiger Seyss-Inquart Sie befragte, haben Sie doch wohl gesagt, wenn ich nicht falsch verstanden habe, dass keine Bibliothek von Holland ins Reich uebergefuehrt wurde.

A: Das habe ich nicht gesagt. Ich bitte mir das im Protokoll zu zeigen.

F: Dann handelt es sich wohl um einen Irrtum ?

A: Bitte.

F: Wohl um einen Irrtum meinerseits ?

A: Ich nehme an.

F: Gut. Ich gehe darueber hinweg.

Diese Professoren der Hochschule in Amsterdam, wurden Sie nicht mit Todesstrafe belegt fuer den Fall, dass sie ihre Demission einreichten und haben Sie selbst nicht diese Drohung ausgesprochen ?

A: Ich habe weder eine solche Drohung ausgesprochen, noch weiss ich von einer solchen Drohung. Ich halte es fuer ausgeschlossen, dass jemand eine solche Drohung ausgesprochen hat.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich vertagen.

(Woraufhin sich das Gericht auf 14. Juni 1946 vormittags 10 Uhr vertagte).